

HERMANN LANGE
GOTTFRIED SCHIEMANN

Schadenersatz

Handbuch des Schuldrechts

1

Mohr Siebeck

Handbuch des Schuldrechts

1



Handbuch des Schuldrechts

in Einzeldarstellungen

Herausgegeben von

Joachim Gernhuber

Band 1

Schadenersatz

von

Hermann Lange

und

Gottfried Schiemann

3., neubearbeitete Auflage

Mohr Siebeck

ISBN 3-16-147984-X / eISBN 978-3-16-166469-4 unveränderte eBook-Ausgabe 2025

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie, detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Stempel-Garamond belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

Vorwort

Die Konzeption der bisherigen Auflagen des vorliegenden Buches ist in der dritten Auflage im Grundsätzlichen beibehalten worden. Gegenstand sind die aus den §§ 249–255 BGB entwickelten Lehren des Schadensrechts. Fragen aus dem Bereich der unerlaubten Handlungen und des Haftpflichtrechts sind nur insoweit behandelt, als es zum Verständnis der Schadensabwicklung notwendig erschien, was angesichts der Verzahnung der angeführten Rechtsgebiete freilich in erheblichem Umfang der Fall war. Das gleiche gilt auch für Problembereiche aus dem Privat- und dem Sozialversicherungsrecht, dem Beamtenrecht und dem Recht der Fortzahlung des Arbeitsentgelts.

Im übrigen bedingte die seit der 2. Auflage (1990) eingetretene Rechtsentwicklung eine umfassende Neubearbeitung. Die Verfasser mussten mehreren Gesetzesänderungen Rechnung tragen, insbesondere dem Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts, dem Zweiten Gesetz zur Änderung schadensersatzrechtlicher Vorschriften und für den Schadensregress bedeutsamen Neuerungen im Sozialversicherungsrecht. Weitere Änderungen und Ergänzungen wurden durch die zwischenzeitlich ergangene Rechtsprechung erforderlich. Hiervon betroffen waren vor allem das Arzt- und das Produkthaftungsrecht, das Recht des Kraftfahrzeugverkehrs sowie der Bereich des Ersatzes für immaterielle Schäden.

Die Verfasser haben sich unter Verarbeitung der sehr reichhaltigen theoretischen Literatur bemüht, durch die Herstellung dogmatischer und systematischer Zusammenhänge einem Zerfließen des Schadensrechts in unverbunden nebeneinanderstehende Einzelprobleme entgegenzuwirken. Dem im gleichen Maße angestrebten Ziel einer umfassenden Unterrichtung über die gegenwärtige Rechtspraxis dient eine eingehende Heranziehung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und der nicht immer einheitlichen Rechtsprechung der Instanzgerichte. Vollständigkeit war angesichts der Flut von Veröffentlichungen trotz einer – in Grenzen gehaltenen – Erweiterung des Umfangs allerdings auch in einem Handbuch nicht zu erreichen.

Gottfried Schiemann, der an der dritten Auflage dieses Buches erstmals mitgewirkt hat, hat § 6 und § 10 XII–XIX bearbeitet; Hermann Lange die Einleitung, §§ 1–5, 7–9, 10 I–XI und § 11.

Für die Mitarbeit an der Herstellung des Manuskripts danken wir Frau Anna Hahn und Frau Almut Hepper, für die Mitarbeit an den Registern den Referenda-

ren Marion Lutz und Joachim Müller und für die Mithilfe beim Lesen der Korrekturen Frau Ulrike Lange.

Tübingen im Januar 2003

Hermann Lange

Gottfried Schiemann

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXIX

Einleitung: Stand, Entwicklungstendenzen, Leitgedanken und Reform des Schadensrechts

.....	1
I. Der Anwendungsbereich des Schadensersatzrechts	1
1. Bürgerliches Recht 1 – 2. Haftungsgesetze 2 – 3. Öffentliches Recht 2 – 4. In- ternationale Abkommen 3 – 5. Dispositive und zwingende Normen 3	
II. Bürgerliches Recht und kollektive Schadenstragung	4
1. Die Lage des Geschädigten 4 – 2. Die Lage des Ersatzpflichtigen 5 – 3. Aus- wirkungen der Entwicklung auf das bürgerliche Schadensersatzrecht 5	
III. Struktur, Funktionen und Leitgedanken des Schadensersatzrechts ...	9
1. Schadensausgleich und Haftungsgrund 9 – 2. Ausgleichsprinzip, Praeven- tionsprinzip, Rechtsfortsetzungs- (Rechtsverfolgungs-) und Pönalgedanke 9 – 3. Schaden und Schuld 13 – 4. Schadensersatz und wirtschaftliche Verhältnisse der Beteiligten 15 – 5. Schadensersatz und Billigkeit 16	
IV. Rechtseinheit und Sonderrecht	17
V. Pauschalierung	18
VI. Erweiterung der Haftungsgründe	20
1. Gefährdungshaftungen 20 – 2. Schutzgesetze 20 – 3. Beweislastregeln 20	
VII. Überforderung des Schadensersatzrechts?	21
VIII. Reformbestrebungen und Gesetzesänderungen	22
1. Ältere Vorschläge 22 – 2. Versicherung statt Haftung? 23 – 3. Gesetzesände- rungen 23	
§ 1 Der Schadensbegriff	26
I. Der natürliche Schadensbegriff	26
II. Abweichende Begriffsbestimmungen	29
1. Walsmann und Oertmann 29 – 2. Neuner 30 – 3. Wilburg, Bydlinski 31 – 4. Zeuner 31 – 5. Weitere Bestimmungsversuche 31 – 6. Steindorff 33 – 7. Möller 34 – 8. Keuk 34 – 9. Der normative Schadensbegriff 35 – 10. Der funktionale Schadensbegriff 37 – 11. Schadensbegriff der empirisch-realistischen Erkennt- nislehre 37	

III. Stand der Diskussion und Stellungnahme	38
1. Natürlicher und normativer Schadensbegriff 38 – 2. Subjektbezogener Schadensbegriff und objektive Kriterien 40 – 3. Einheitlicher und gegliederter Schadensbegriff 42 – 4. Differenzhypothese 43	
IV. Schadenseintritt und zeitliche Grenzen der Schadensberechnung	44
1. Schadenseintritt 44 – 2. Zeitliche Grenzen 45	
§ 2 Formen des Schadens	50
I. Vermögensschaden und immaterieller Schaden	50
1. Bedeutung der Einteilung 50 – 2. Kriterien der Abgrenzung 50 – 3. Stellungnahme 56	
II. Positiver Schaden und entgangener Gewinn	57
III. Unmittelbarer und mittelbarer Schaden	59
IV. Positives und negatives Interesse	63
1. Grundlagen 63 – 2. Negatives Interesse 64 – 3. Positives Interesse 65 – 4. Anwendungsbereich der Einteilung 66	
V. Weitere Einteilungen	67
1. Verletzungs- und Folgeschäden 67 – 2. Personen-, Sach- und Vermögensschäden 69 – 3. Summen- und Einzelschäden 69 – 4. Konkreter (realer) und rechnerischer Schaden 70 – 5. Das Integritätsinteresse 70 – 6. Weiterfressende Schäden 71 – 7. Quotenschaden 72 – 8. Summierte, Distanz- und Synergetische Schäden 72 – 9. Vorhersehbare und nicht vorhersehbare Schäden 72	
§ 3 Die Schadenszurechnung	74
I. Ersatzpflicht und Kausalität	75
II. Haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität	77
III. Die Bedingungstheorie	79
IV. Einschränkungen der Bedingungstheorie	81
1. Notwendigkeit der Einschränkung 81 – 2. Charakter der Einschränkung 81	
V. Ältere Theorien	82
VI. Die Adäquanztheorie	82
1. Die Entwicklung der Adäquanztheorie 82 – 2. Problematik der Adäquanztheorie 84 – 3. Rechtfertigung der Adäquanztheorie 85 – 4. Die Adäquanztheorie in der Rechtsprechung 86 – 5. Kritische Würdigung 90	
VII. Grenzen des Anwendungsbereichs der Adäquanztheorie	94
1. Haftungsbegründende Kausalität 94 – 2. Gefährdungshaftung 94 – 3. Haftung für inadäquate Schäden 96	
VIII. Der Rechtswidrigkeitszusammenhang	98
1. Begriff und Inhalt 98 – 2. Rechtswidrigkeitszusammenhang und rechtmäßiges Alternativverhalten 100	

IX. Die Schutzzwecklehre	101
1. Inhalt 101 – 2. Verhältnis zur Lehre vom Rechtswidrigkeitszusammenhang 102 – 3. Verhältnis zur Adäquanztheorie 102 – 4. Stellungnahme von Rechtsprechung und Rechtslehre 103 – 5. Der Schutzzweck im Vertragsrecht 104 – 6. Schutzzweck und § 823 II 111 – 7. Schutzzwecklehre und andere Haftungstatbestände 113 – Schutzzweck und subjektiver Tatbestand 118 – 9. Schutzzweck und Gefährdungshaftung 119 – 10. Schutzzweck und § 254 123 – 11. Schutzzweck und Folgeschäden 124 – 12. Grenzen der Schutzzwecklehre 127	
X. Einzelne Problemgruppen	128
1. Anfälligkeit oder Krankheit des Verletzten 128 – 2. Psychisch vermittelte Kausalität; freie Handlungen des Verletzten 131 – 3. Eingriffe Dritter 142 – 4. Allgemeines Lebensrisiko 145 – 5. Schockschäden 148 – 6. Langzeit- und Spätschäden 150 – 7. Zurechnung behördlicher und gerichtlicher Entscheidungen 151 – 8. Verhältnis dieser Problemgruppen zur Adäquanztheorie und zur Schutzzwecklehre 152	
XI. Kausalität der Unterlassung	153
XII. Kausalität bei Beteiligung mehrerer Verantwortlicher	156
1. Alternative Kausalität 156 – 2. Kumulative Kausalität 157 – 3. Minimale Kausalität 159 – 4. Umwelthaftungsrecht 159 – 5. Produkthaftungsrecht 161 – 6. Gentechnikrecht 161	
XIII. Beweisfragen	161
1. Grundsatz 161 – 2. Ausnahmen 162 – 3. Prima-facie Beweis 173 – 4. Beweiswürdigung und freie Schadenschätzung 177	
§ 4 Hypothetische Schadensentwicklung und rechtmäßiges Alternativverhalten	180
I. Problem, Fallgestaltungen und Abgrenzung	180
1. Problem und Fallgestaltungen 180 – 2. Abgrenzung zur Vorteilsausgleichung 182	
II. Gesetzesbestimmungen	183
III. Hypothetische Schädigungen und Kausalzusammenhang	184
IV. Hypothetische Schädigungen und Schadenszurechnung nach der Differenzhypothese	184
V. Hypothetische Schädigungen und adäquater Zurechnungszusammenhang	186
VI. Hypothetische Schädigungen und Herstellungsansprüche	187
VII. Hypothetische Schädigungen und unmittelbare Schäden (Objektschäden)	188
VIII. Rentenfälle und andere Dauerschäden	190
IX. Anlagefälle	191
X. Unbeachtliche hypothetische Schadensentwicklung	194

1. Abstrakte Schadensberechnung 194 – 2. Gemeiner Wert 195 – 3. Sachversicherung 195 – 4. Hypothetische Verantwortlichkeit eines Dritten 195 – 5. Spezielle Voraussetzungen und spezieller Inhalt der jeweiligen Schadensersatzansprüche 196 – 6. Nicht auf Schadensersatz gerichtete Ansprüche 197 – 7. Fixierung durch Erfüllung, Urteil und Vergleich 197	
XI. Beweislast	198
XII. Rechtmäßiges Alternativverhalten	199
1. Begriff 199 – 2. Gliederung der Fallgruppen 200 – 3. Die Rechtsprechung 201 – 4. Stellungnahmen in der Rechtslehre 204 – 5. Eigene Stellungnahme 205 – 6. Beweislast 209	
§ 5 Art und Weise der Ersatzleistung	212
I. Übersicht	212
1. Neuregelung 212 – 2. Vorrang der Naturalrestitution 212 – 3. Ausgleich durch Geldersatz 214 – 4. Fristsetzung gem. § 250 215	
II. Begriff und Inhalt des Herstellungsanspruchs gem. § 249 I	215
1. Grundsätzliches 215 – 2. Immaterielle Schäden 218	
III. Schadensersatz wegen Nichterfüllung; culpa in contrahendo; Amtshaftung	220
1. Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung 220 – 2. Naturalrestitution und culpa in contrahendo 222 – 3. Naturalrestitution und Amtshaftung 223	
IV. Der Anspruch auf den zur Wiederherstellung erforderlichen Geldbetrag	225
1. Voraussetzungen 225 – 2. Funktionen 226 – 3. Rechtsnatur 227 – 4. Inhalt des Anspruchs 227 – 5. Bindung an die Wahl 228 – 6. Verwendung des Betrags 228 – 7. Transitorischer Charakter des Anspruchs 230 – 8. Einschränkung des Ersatzanspruchs durch § 249 II S. 2 232	
V. Fristensetzung durch den Gläubiger gem. § 250	233
1. Gegenstand des Wahlrechts 233 – 2. Ausübung des Wahlrechts; Rechtsfolgen 234 – 3. Geldersatz ohne Fristsetzung 234 – 4. Fristsetzung gem. § 283 a.F. 234	
VI. Der Anspruch auf Geldentschädigung gem. § 251 I	234
1. Unmöglichkeit der Herstellung 234 – 2. Nicht genügende Herstellung 235 – 3. Inhalt des Anspruchs 236 – 4. Geldersatz vor Unmöglichkeit der Herstellung? 236 – 5. Entsprechende Anwendung auf Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche 236 – 6. Beweislast 237	
VII. Das Wahlrecht des Ersatzpflichtigen gem. § 251 II	237
1. Voraussetzungen und Inhalt 237 – 2. Verletzung von Tieren 239 – 3. Ökologische Schäden 240 – 4. Immaterielle Schäden 240 – 5. Rechtslage bis zur Ausübung des Wahlrechts 241 – 6. Folgen der Wahl 241 – 7. Problem der entsprechenden Anwendung auf Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche 242 – 8. Beweislast 243	
VIII. Problem der Risikoverteilung; Folgen von Fehlbeurteilungen	243
1. Nutzloser und übertriebener Herstellungsaufwand 243 – 2. Unverhältnismäßige Aufwendungen 244	

IX. Einmalige Geldleistung und Rentenzahlung	246
§ 6 Die Schadensberechnung bei Vermögensschäden	248
I. Schadensberechnung nach der Differenzhypothese im allgemeinen ...	248
II. Berechnung des Geldersatzanspruches gem. § 249 II	252
III. Das Problem der Kommerzialisierung	253
IV. Fehlschlagen von Aufwendungen	255
V. Schadensersatz für gebrauchte Sachen; Abzug »neu für alt«	259
1. Schadensersatz durch Beschaffung einer gebrauchten oder einer neuen Sache 259 – 2. Reparaturen und Abzug »neu für alt« 260 – 3. Dogmatische Einord- nung des Problems; Kriterien der Abwägung 261 – 4. Höhe des Abzuges 263	
VI. Der merkantile Minderwert	264
1. Merkantiler Minderwert und Schadensbegriff 264 – 2. Anwendungsbereich bei Kraftfahrzeugen 268 – 3. Berechnung des merkantilen Minderwertes 269 – 4. Maßgeblicher Zeitpunkt 272 – 5. Merkantiler Minderwert außerhalb des Schadensersatzrechts 273	
VII. Gebrauchsvorteile	273
1. Entgangener Gebrauchsvorteil und Folgeschäden 273 – 2. Aufwendungen zur Wiedererlangung der Gebrauchsvorteile (Mietkosten) 273 – 3. Höhe der Aufwendungen 277 – 4. Problem der abstrakten Nutzungsentschädigung 283 – 5. Voraussetzungen der Zubilligung einer abstrakten Nutzungsentschädigung in der Rechtspraxis 288 – 6. Berechnung der abstrakten Nutzungsentschädi- gung 293	
VIII. Vorsorgeaufwendungen; Aufwendungen zur Schadensbeseitigung ...	295
1. Das Problem 295 – 2. Schadensersatz bei Verletzung musikalischer Urheber- rechte 296 – 3. Aufwendungen für Überwachungsmaßnahmen 298 – 4. Vorsor- geaufwendungen zur Schadensminderung 299 – 5. Reparatur in eigener Werk- stätte; Gemeinkostenzuschlag; Schadensbeseitigung durch eigene Hilfskräfte; Freizeitreparaturen 303 – 6. Aufwendungen für die Entdeckung des Ersatz- pflichtigen 305	
IX. Personenschäden	307
1. Überblick 307 – 2. Heilungskosten 308 – 3. Der Anspruch wegen vermehrter Bedürfnisse 310 – 4. Nachteile für Erwerb und Fortkommen 312 – 5. Ansprü- che mittelbar Geschädigter 319 – 6. Verletzung oder Tötung einer nicht oder nur begrenzt erwerbstätigen Ehefrau 323 – 7. Haftung für neues Leben 328	
X. Der Ersatz des entgangenen Gewinns	340
1. Beweiserleichterung oder materielle Bestimmung 340 – 2. Maßgeblicher Zeit- punkt 342 – 3. Die Beurteilungsgrundlagen 342 – 4. Tragweite der Beweiser- leichterung 343 – 5. Weitere Einzelfälle 343 – 6. § 252 S. 2 und abstrakte Scha- densberechnung; Rechte des Käufers und des Verkäufers 345 – 7. Verbotene und sittenwidrige Gewinne 350 – 8. Entgangener Gewinn, unerlaubte Hand- lung und Rücktritt vom Vertrag 352	
XI. Konkrete und abstrakte Schadensberechnung	353
1. Konkrete Schadensberechnung 353 – 2. Abstrakte Schadensberechnung 353	

XII. Ansprüche wegen Verletzung gewerblicher Schutzrechte	356
1. Urheber-, Patent-, Gebrauchs- und Geschmacksmusterrecht 356 – 2. Erweiterungen auf andere Rechtsgebiete 357 – 3. Grundlagen der Rechtsentwicklung 359 – 4. Der Anspruch auf Ersatz in Höhe einer angemessenen Lizenzgebühr 359 – 5. Rechtsnatur dieser Ansprüche bzw. Berechnungsweisen 361	
XIII. Schadensersatz und Steuerrecht	363
1. Übersicht 363 – 2. Steuerpflichtigkeit empfangener Schadensersatzleistungen 363 – 3. Absetzbarkeit von Schadensersatzleistungen 367 – 4. Auswirkungen entstehender Steuerlasten und entstehender Steuervorteile auf die Schadensberechnung 368	
XIV. Einzelprobleme	378
1. Arbeitskraft und Erwerbsfähigkeit 378 – 2. Zeitaufwand 381 – 3. Schadensbearbeitung 383 – 4. Verdorbener Urlaub 388 – 5. Sachschäden an Kraftfahrzeugen 392 – 6. Schäden an Gebäuden und an Gehölz 416 – 7. Ökologische Schäden 421	
§ 7 Der Ersatz des immateriellen Schadens	423
I. Neuregelung	423
II. Die Beschränkung des Geldersatzes in § 253 I	424
1. Gesetzliche Regelung; Rechtspolitisches 424 – 2. Erweiterung des Schutzes in der neueren Rechtsentwicklung 427 – 3. Weitere Reformen ? 427	
III. § 253 I und Vertragsrecht	428
IV. Gesetzliche Fälle des Geldersatzes für immaterielle Schäden	429
1. Bürgerliches Recht 429 – 2. Öffentliches Recht 430	
V. Der Schmerzensgeldanspruch	431
1. Voraussetzungen und Anwendungsgebiet 431 – 2. Funktionen des Schmerzensgeldes 435 – 3. Abwägungs- und Bemessungsgrundsätze 440 – 4. Mitverschulden, Mitverursachung; Vorteilsausgleichung 446 – 5. Höhe und Art des Anspruchs 447 – 6. Rechtsnatur des Anspruchs: veräußerlich, vererblich, pfändbar, verpfändbar 448 – 7. Prozessuales 449	
VI. Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	449
§ 8 Der Kreis der Ersatzberechtigten; Drittschadensliquidation	455
I. Die Bestimmung des Ersatzberechtigten und der Ersatzpflicht	455
1. Allgemeine Regel 455 – 2. Abweichende Bestimmungsversuche in der Rechtslehre 457 – 3. Auflockerungen des Dogmas vom Gläubigerinteresse durch systemimmanente Entwicklungen 458	
II. Gesetzliche Erweiterungen des Kreises der Ersatzberechtigten	461
III. Die Drittschadensliquidation	462
1. Problemstellung und neue Vorschläge 462 – 2. Vereinbarte Drittschadensliquidation 464 – 3. Objektiver Schaden 465 – 4. Mittelbare Stellvertretung 466 – 5. Treuhandverhältnisse 469 – 6. Obligatorische Gefahrentlastung 471 – 7. Obhutspositionen 474 – 8. Weitere Fallgruppen 476 – 9. Durchführung der Drittschadensliquidation; Einwendungen des Ersatzpflichtigen 481	

IV. Drittschadensliquidation und Verträge mit Schutzwirkung für Dritte	482
§ 9 Die Vorteilsausgleichung	486
I. Begriff und Abgrenzung	486
1. Vorteilsausgleichung und Schadensberechnung 486 – 2. Abgrenzung; Bedeutung der Zuordnung 487 – 3. Abzug »neu für alt« 487 – 4. Hypothetische Ursachen 488	
II. Entwicklung und Stand der Lehre	488
1. Gesetzesvorschriften 488 – 2. Kriterien des RG 489 – 3. Kriterien des BGH 489 – 4. Kriterien der Rechtslehre 490	
III. Grundlagen	492
1. Ursachenzusammenhang 492 – 2. Adäquater Zurechnungszusammenhang 493 – 3. Stellungnahme zu weiteren allgemeinen Kriterien 494 – 4. Cessio legis; Verpflichtung zur Abtretung 495 – 5. Vorteilsausgleichung und immaterielle Schäden 497 – 6. Vorteilsausgleichung und abstrakte Schadensberechnung 498 – 7. Vorteilsausgleichung und Restitutionsansprüche 498 – 8. Vorteilsausgleichung und Objektschäden 499 – 9. Fixierung durch Erfüllung, Urteil und Vergleich 499 – 10. Vorteile Dritter 500 – 11. Vorteilsausgleichung bei gekürztem Schadensersatzanspruch 500 – 12. Problem der Kongruenz 501	
IV. Vorteile ohne Zutun des Geschädigten oder eines Dritten	502
1. Grundsätzliches 502 – 2. Ersparnis von Aufwendungen 503 – 3. Sonstige Vorteile 505 – 4. Hinterbliebenenansprüche 506 – 5. Glücksfälle 510	
V. Vorteile durch eigene Handlungen des Geschädigten	510
1. Übersicht 510 – 2. Rechtsgedanke des § 254 II 511 – 3. Versteigerungsfälle 512 – 4. Deckungsgeschäfte 513 – 5. Vorteile aus anderen Rechtsgeschäften 514 – 6. Erwerbseinkommen 514 – 7. Schönheitsreparaturen 515	
VI. Schadensersatzverpflichtungen und Unterhaltspflichten Dritter	515
1. Gesetzliche Regelung 515 – 2. Ausdehnende Auslegung und entsprechende Anwendung des § 843 IV 516 – 3. Gezahlter Unterhalt 516 – 4. Grenzen des Rechtsgedankens 517 – 5. Unterhaltspflicht und ererbtes Vermögen 517 – 6. Wiederheirat einer gem. § 844 II Ersatzberechtigten 517 – 7. Begründung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft 519 – 8. Begründung einer homosexuellen Lebenspartnerschaft 519 – 9. Adoption von Unfallwaisen 519	
VII. Freigebeige Zuwendungen Dritter	519
VIII. Leistungen aus einer privaten Versicherung	520
1. Cessio legis des § 67 VVG 520 – 2. Abtretungspflicht 521 – 3. Lebensversicherungen 522 – 4. Unfallversicherungen, Insassenunfallversicherung 522 – 5. Vorrang von Versicherungsleistungen vor Schadensersatzansprüchen 524	
IX. Leistungen der Sozialversicherungsträger und andere Sozialleistungen	524
X. Leistungen nach den Beamtenetzen	527
XI. Entgeltfortzahlung und andere aus dem Arbeitsverhältnis geschuldete Sozialleistungen; gesellschaftsvertragliche Vergütungen ..	528

1. Entgeltfortzahlung 528 – 2. Sozialleistungen aus dem Arbeitsverhältnis 530 – 3. Gesellschaftsvertragliche Vergütungen 531	
XII. Entsprechende Anwendung auf andere Ansprüche	531
XIII. Beweislast	533
§ 10 Mitverschulden, Mitverursachung und andere Entlastungsgründe	534
I. Entstehungsgeschichte des § 254	534
II. Gesetzesaufbau	535
1. § 254 und §§ 249ff 535 – 2. Verhältnis von § 254 zu § 254 II 535	
III. Gesetzeswortlaut; offene Fragen	536
IV. Anwendungsbereich	537
1. Schadensersatzansprüche nach Bürgerlichem Recht 537 – 2. Haftpflichtrecht 539 – 3. Analoge Anwendung 540 – 4. Öffentliches Recht 544 – 5. UN-Kaufabkommen 546	
V. Bedeutung; Grundgedanken	546
1. Bedeutung 546 – 2. Grundgedanken 547	
VI. Mitwirkendes Verschulden	549
1. Der Verschuldensbegriff des § 254 549 – 2. Objektive Fahrlässigkeit 554 – 3. Schuldfähigkeit 554 – 4. Billigkeitshaftung 556 – 5. Haftungserleichterung 557	
VII. Mitwirkende Betriebs- und Sachgefahren	557
1. Anrechnung haftbarmachender Gefahren 557 – 2. Anrechnung nicht haftbarmachender Gefahren 560	
VIII. Ursächlichkeit von Mitverschulden und mitwirkenden Betriebs- und Sachgefahren	561
IX. Mitverschulden an der Entstehung des Schadens	563
1. Mitverschulden i.S.d. § 254 I 563 – 2. Die Warnungsobliegenheit 575	
X. Die Verpflichtung zur Abwendung und zur Minderung des Schadens	577
1. Allgemeines 577 – 2. Besondere gesetzliche Ausgestaltung 578 – 3. Fallgruppen 578	
XI. Die Einstandspflicht für Hilfspersonen und für gesetzliche Vertreter .	592
1. Gesetzliche Regelung 592 – 2. Problem der Anwendung des § 278 auf § 254 I 593 – 3. Entsprechende Anwendung des § 278 und »Erfüllung einer Verbindlichkeit« 594 – 4. Erfordernis einer Sonderverbindung 596 – 5. Übersicht über die Rechtsprechung 597 – 6. Stellungnahme 605	
XII. Folgen der Mitverantwortung	610
1. Vorwiegende Verursachung 610 – 2. Verschulden 614 – 3. Vermutetes Verschulden und Einstandspflicht für Dritte 616 – 4. Betriebs- und Sachgefahr 617 – 5. Weitere Anrechnungsfaktoren 619 – 6. Abwägungsgrundsätze 620	

XIII. Schadensabwägung gegenüber mehreren Ersatzpflichtigen	628
1. Das Problem 628 – 2. Mittäterschaft 629 – 3. Nebentäterschaft 629 – 4. Abwägung beim Bestehen einer Haftungseinheit 635 – 5. Schmerzensgeld 640 – 6. Prozessuales 641	
XIV. Handeln auf eigene Gefahr und schuldhafte Selbstgefährdung	641
1. Handeln auf eigene Gefahr 641 – 2. Schuldhafte Selbstgefährdung 644	
XV. Einwilligung des Verletzten. Sportverletzungen: Rechtswidrigkeit, venire contra factum proprium, Schuld	648
1. Einwilligung des Verletzten 648 – 2. Sportregeln und Rechtswidrigkeit 649 – 3. Venire contra factum proprium 650 – 4. Subjektive Haftungsvoraussetzungen 650	
XVI. Vereinbarter Haftungsausschluß	652
1. Zulässigkeit und Grenzen 652 – 2. Konkludenter und stillschweigender Haftungsausschluß 654	
XVII. Gefälligkeitsverhältnisse	658
XVIII. Haftungshöchstsummen	660
XIX. Prozessuales	663
§ 11 Der Schadensregress	668
A. Regressansprüche unter mehreren zum Schadensersatz Verpflichteten	669
I. Grundlagen	669
1. Fallgruppen 669 – 2. Regressmöglichkeiten; Gesamtschuld und § 255 669	
II. Der Anwendungsbereich des § 426	670
1. Fälle gesetzlicher Anordnung 670 – 2. Anwendbarkeit des § 426 im übrigen 671	
III. Der Anwendungsbereich des § 255	676
IV. Der Regress gem. § 426	677
1. Umfang der Regresspflicht 677 – 2. Der Anspruch gem. § 426 I 679 – 3. Der Anspruch gem. § 426 II 680	
B. Ansprüche des zum Schadensersatz Verpflichteten gem. § 255	686
I. Abtretung von Herausgabeansprüchen	686
II. Abtretung von Surrogatsansprüchen	687
III. Verlust eines Rechtes	689

C. Regressansprüche Dritter	690
I. Der Regress im Privatversicherungsrecht	690
1. Der Gesetzeszweck des § 67 VVG 690 – 2. Anwendungsbereich des § 67 VVG und Rechtsübergang durch Zession 691 – 3. Wirtschaftliche Bedeutung 691 – 4. Die vom Rechtsübergang betroffenen Ansprüche 692 – 5. Abhängigkeit des Rechtsüberganges von der Leistung des Versicherers 693 – 6. Das Erfordernis der Kongruenz 693 – 7. Das Quotenvorrecht des Versicherungsnehmers 694 – 8. Folgen des Rechtsüberganges 696 – 9. Der Ausschluss des Überganges bei Familienangehörigen 697 – 10. Weitere Regressbeschränkungen 700 – 11. Anhang: Besonderheiten bei der Pflichtversicherung 701	
II. Der Regress im Sozialversicherungsrecht	702
1. Gesetzesbestimmungen; Gesetzeszweck 702 – 2. Wirtschaftliche Bedeutung 704 – 3. Maßgeblicher Zeitpunkt 706 – 4. Nachträgliche Änderung der Leistungspflicht des Sozialversicherungsträgers 707 – 5. Die vom Rechtsübergang betroffenen Ansprüche 709 – 6. Das Erfordernis der Kongruenz 712 – 7. Quotenvorrecht und Ausschluss des Rechtsüberganges gem. § 116 II, III und V SGB X 718 – 8. Das Befriedigungsvorrecht des Sozialversicherten 721 – 9. Ausschluss des Rechtsüberganges bei Familienangehörigen 721 – 10. Ende des Rechtsüberganges 722 – 11. Der Rückgriff beim gestörten Gesamtschuldverhältnis 723 – 12. Ausgleich bei Zahlungen an den Altgläubiger 724 – 13. Konkurrenz mehrerer Versicherungsträger 725 – 14. Schadenseinteilungs- und Regressverzichtsabkommen 727 – 15. Der Rechtsübergang gem. § 119 SGB X 730 – 16. Die selbständigen Rückgriffsansprüche gem. § 110, 111 SGB VII 736	
III. Der Regress im Beamtenrecht	738
1. Gesetzesbestimmungen 738 – 2. Zeitpunkt des Rechtsüberganges 739 – 3. Voraussetzungen des Rechtsüberganges 739 – 4. Die vom Rechtsübergang betroffenen Ansprüche 739 – 5. Das Erfordernis der Kongruenz 743 – 6. Das Quotenvorrecht des Beamten 745 – 7. Das Befriedigungsvorrecht des Beamten 745 – 8. Der Ausschluss des Überganges bei Familienangehörigen 746 – 9. Ende der Legalzession 746	
IV. Der Regress im Recht der Fortzahlung des Arbeitsentgelts	746
1. Fortzahlung nach dem Entgeltfortzahlungsgesetz 746 – 2. Die Abhängigkeit des Überganges von den Leistungen des Arbeitgebers 747 – 3. Voraussetzungen des Rechtsüberganges 747 – 4. Die vom Rechtsübergang betroffenen Ansprüche 748 – 5. Der Umfang des Rechtsübergangs 748 – 6. Quotenvorrecht; Konkurrenzen 750 – 7. Das Befriedigungsvorrecht des Arbeitnehmers 751 – 8. Der Ausschluss des Rechtsüberganges bei Familienangehörigen 751 – 9. Erstattungsansprüche des Arbeitgebers und Zession der übergebenen Ansprüche 751 – 10. Übergang von Ansprüchen auf den Sozialversicherungsträger 751 – 11. Zessionsregress 751	
V. Weitere Rückgriffsrechte gegen den Schadensersatzschuldner	752
Sachregister	757
Entscheidungsregister	783

Abkürzungsverzeichnis

aaO	am angegebenen Ort
ABGB	(Österreichisches) Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
abl.	ablehnend
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für civilistische Praxis
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
ADS	Allgemeine Deutsche Seeversicherungs-Bedingungen, abgedruckt bei Prüssmann Seehandelsrecht, 2000, S. 1223 ff
ADSp.	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen vom 1. Oktober 1978 (BANz 1978 Nr. 11)
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
AFRG	Gesetz zur Reform der Arbeitsförderung (Arbeitsförderungs-Reformgesetz vom 24. März 1997 (BGBl. I S. 594))
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Nunmehr ersetzt durch §§ 305–310 BGB n. F.
AGLB	Allgemeine Versicherungs-Bedingungen für Glasversicherung
AgrarR	Agrarrecht
AHB	Allgemeine Haftpflichtversicherungsbedingungen
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
AktG	Aktiengesetz vom 6. September 1965 (BGBl. I S. 1089)
ALR	Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794
a.M.	anderer Meinung
Anm.	Anmerkung
AnnSächsOLG	Annalen des Sächsischen Oberlandesgerichtes
AnwBl.	Anwaltsblatt. Nachrichten für die Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins e.V.
AP	Arbeitsrechtliche Praxis. Sammlung der Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts, der Landesarbeitsgerichte und der Arbeitsgerichte
ArchBürgR	Archiv für Bürgerliches Recht
ArzmG	Gesetz zur Neuordnung des Arzneimittelrechts i.d.F. vom 11. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3586)
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz i.d.F.d. Bekanntmachung vom 5. August 1997 (BGBl. I S. 2022)

AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) i.d.F. der Bekanntmachung vom 15. Juli 1985 (BGBl. I S. 1565)
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAnz.	Bundesanzeiger
BArbBl.	Bundesarbeitsblatt
BAT	Bundesangestelltentarif
BauGB	Baugesetzbuch (Neufassung des Bundesbaugesetzes) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 27. August 1997 (BGBl. I S. 2141)
BauR	Baurecht, Zeitschrift für das gesamte öffentliche und zivile Baurecht
BAV	Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen
BayObLG	Bayrisches Oberstes Landesgericht
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern
BB	Der Betriebs-Berater
BBauG	Bundesbaugesetz vom 23. Juni 1960 (BGBl. I S. 341); s. auch unter BauGB
BBergG	Bundesberggesetz vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1310)
BBiG	Berufsbildungsgesetz vom 14. August 1969 (BGBl. I S. 1112)
BBG	Bundesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 675)
BBodSchG	Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz) v. 17. März 1998 (BGBl. I S. 502)
BeamtVG	Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter in Bund und Ländern (Beamtenversorgungsgesetz) i.d.F. vom 16. März 1999 (BGBl. I S. 322)
BEG	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz) i.d.F. vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2624)
BFH	Bundesfinanzhof
BG	Die Berufsgenossenschaft
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGL. S. 195)
BGBI. I, II	Bundesgesetzblatt Teil I bzw. II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt.	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGH WarnR	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen; in der amtlichen Sammlung nicht enthaltene Entscheidungen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGHZ-GS	Entscheidung des Großen Senats in Zivilsachen in amtlicher Sammlung
BinSchG	Gesetz betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt i.d.F. d. Bekanntmachung vom 20. Mai 1898 (RGL. S. 369)
BGrenzschutzG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz i.d.F. vom 19. Oktober 1994 (BGBl. I S. 2978)
BIM	Bundesinnenministerium

BJagdG	Bundesjagdgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 29. September 1976 (BGBl. I S. 2849)
BJM	Bundesjustizministerium
BLeistG	Bundesleistungsgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 27. September 1961 (BGBl. I S. 1769)
BNotO	Bundesnotarordnung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 24. Februar 1961 (BGBl. I S. 97)
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26. Juli 1957 (BGBl. I S. 861)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1. August 1959 (BGBl. I S. 565)
BRRG	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 31. März 1999 (BGBl. I S. 654)
BSeuchG	Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten beim Menschen (Bundes-Seuchengesetz) i.d.F. vom 18. Dezember 1979 (BGBl. I S. 2262; Berichtigung BGBl. I S. 80, 151)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BSHG	Bundessozialhilfegesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 23. März 1994 (BGBl. I S. 646)
BStBl. I-III	Bundessteuerblatt Teile I-III
BT-Drucks.	Drucksachen des deutschen Bundestages (Wahlperiode, Seite)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVersG	Gesetz über die Versorgung der Opfer des Krieges (Bundesversorgungsgesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 22. Januar 1982 (BGBl. I S. 21)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWBauO	Landesbauordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 8. August 1995 (GBl. S. 617)
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods vom 11. 4. 1980, BGBl. 1989 II S. 588, berichtet BGBl. 1990 II S. 1699 (UN-Kaufabkommen)
CMR	Convention relative au Contrat de transport international de marchandises par route (Übereinkommen über den Beförderungsvertrag im internationalen Straßenverkehr) vom 19. Mai 1956 (BGBl. 1961 II S. 1120)
D.	Digesten
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DBG	Deutsches Beamtengesetz
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation (Universität)
DJ	Deutsche Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik. Amtliches Blatt der deutschen Rechtspflege

DJT	Deutscher Juristentag; auch Verhandlungen des Deutschen Juristentags
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DNotV	Zeitschrift des Deutschen Notarvereins
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖD	Der Öffentliche Dienst
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
dt, DT	Deutsch
E I, II	Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs für das Deutsche Reich 1888 (E I). 2. Lesung 1895 (E II)
EFZG	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgeltes an Feiertagen und im Krankheitsfall vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1065)
EG	Europäische Gemeinschaft
EheschlRG	Gesetz zur Neuordnung des Eheschließungsrechts vom 4. Mai 1998 (BGBl. I S. 833)
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685, 953, BGBl. 1954 II S. 14)
ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht vom 15. Januar 1919 (RGBl. I S. 72)
Erw.Zul.G	Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen vom 7. Dezember 1943 (RGBl. I S. 674)
EStG	Einkommenssteuergesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 7. September 1990, BGBl. I S. 1898
EStR	Einkommenssteuerrichtlinien
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FIS-Regeln	Verhaltensregeln für den Skifahrer aufgestellt vom internationalen Skiverband – FIS
Fn.	Fußnote
FürsorgepfVO	Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 (RGBl. I S. 100); aufgehoben seit 1. Juli 1962 (§ 153 II Nr. 2 BSHG)
GBL	Gesetzblatt
GebrMG	Gebrauchsmustergesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 28. August 1986 (BGBl. I S. 1455)
GEMA	Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaft

	ten i.d.F. d. Bekanntmachung vom 19. August 1994 (BGBl. I S.2202)
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz) i.d.F. vom 16. Dezember 1993 (BGBl. I S.2066)
Gerichtssaal	Der Gerichtssaal. Zeitschrift für volkstümliches Recht, hg. von L. v. Jagemann
GeschmMG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Mustern und Modellen (Geschmacksmustergesetz) vom 11. Januar 1876 (RGBl. S. 11)
GewO	Gewerbeordnung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 22. Februar 1999 (BGBl. I S.202)
GewStG	Gewerbesteuergesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 19. Mai 1999 (BGBl. I S.1010)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 20. April 1992, BGBl. I S.477, (BGBl. III 4 Nr.4123–1)
Goldt.Arch. Gruch	Archiv für Strafrecht und Strafprozeß, begr. von Goldammer Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begr. von Gruchot
Grünhuts Zeitschrift	Zeitschrift für das private und öffentliche Recht der Gegenwart, begr. von Grünhut
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht, Internationaler Teil
GS	Großer Senat
GV NRW	Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Nordrhein-Westfalen
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen i.d.F. d. Bekanntmachung vom 26. August 1998 (BGBl. I S.2546)
HaftpflG	Haftpflichtgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 4. Januar 1978 (BGBl. I S.145)
Halbs.	Halbsatz
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung
HansOLG	Hanseatisches Oberlandesgericht
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10. Mai 1897 (RGBl. S.219)
HHG	Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die aus politischen Gründen in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik Deutschland und Berlins (West) in Gewahrsam genommen wurden (Häftlingshilfegesetz) i.d.F. vom 2. Juni 1992 (BGBl. I S.838)
h.M.	herrschende Meinung
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung
i.d.F.	in der Fassung
InsO	Insolvenzordnung vom 5. Oktober 1994 (BGBl. I S.2866)
JATA	International Air Traffic Association
JA	Juristische Arbeitsblätter
JherJB	Jherings Jahrbücher der Dogmatik des bürgerlichen Rechts
JMBL.NRW	Justizministerialblatt für Nordrhein-Westfalen
JR	Juristische Rundschau

JurA	Juristische Ausbildung
Jur.Bl.	Juristische Blätter
JuS	Juristische Schulung, Zeitschrift für Studium und Ausbildung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
Karlsruher Forum	Beihefte zu VersR
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KJHG	Kinder- u. Jugendhilfegesetz i.d.F.d. Bekanntmachung vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163)
KVO	Kraftverkehrsordnung für den Güterfernverkehr mit Kraftfahrzeugen (Beförderungsbedingungen) vom 23. Dezember 1958 (BANz Nr. 249 vom 31. Dezember 1958). Jetzt ersetzt durch die Allgemeinen Geschäftsbedingungen für den Güterkraftverkehrs- und Logistikunternehmer vom 15. Juli 1998 (BANz Nr. 136 vom 25. Juli 1998, geändert durch BANz Nr. 169 vom 10. September 1998)
Krit. Vierteljahresschrift	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KSchG	Kündigungsschutzgesetz i.d.F.d. Bekanntmachung vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 266)
KStG	Körperschaftsteuergesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 22. April 1999 (BGBl. I S. 817)
KunstUrhG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und Photographie (Kunsturhebergesetz) vom 9. Januar 1907 (RGBl. S. 7), seit 1. Januar 1966 größtenteils aufgehoben durch UrhG
LAG	Gesetz über den Lastenausgleich (Lastenausgleichsgesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 190)
LAG, LArbG	Landesarbeitsgericht (mit Ortsnamen)
LandbeschaffungsG	Gesetz über die Landbeschaffung für Aufgaben der Verteidigung (Landbeschaffungsgesetz) vom 23. Februar 1957 (BGBl. I S. 134)
LitUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und der Tonkunst vom 19. Juni 1901 (RGBl. S. 227); aufgehoben seit dem 1. Januar 1966 durch das UrhG
LG	Landgericht (mit Ortsnamen)
Lkw	Lastkraftwagen
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, herausgeg. von Lindenmaier und Möhring
LohnfzG	Gesetz über die Fortzahlung des Arbeitsentgelts im Krankheitsfalle (Lohnfortzahlungsgesetz) vom 27. Juli 1969 (BGBl. I S. 946). Nunmehr teilweise ersetzt durch das EFZG
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 27. März 1999 (BGBl. I S. 550)
LVA	Landesversicherungsanstalt
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht

m.abl.Anm.	mit ablehnender Anmerkung
MarkenG	Markengesetz vom 25. Oktober 1994 (BGBl. I S.3082)
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
m.E.	meines Erachtens
MedR	Medizinrecht
m.krit.Anm.	mit kritischer Anmerkung
m.zust.Anm.	mit zustimmender Anmerkung
m.(weit.)Nachw.	mit weiteren Nachweisen
Mot. I-V	Motive zu dem Entwurfe eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich 5 Bde., 1888
MRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S.685, 953)
MuSchG	Gesetz zum Schutz der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 17. Januar 1997 (BGBl. I S. 22, ber. S.293)
MuW	Markenschutz und Wettbewerb
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
Nds.Rpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungsreport Zivilrecht
NRWBG	Beamtengesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbeamtengesetz) vom 1. Mai 1981 (GV NRW 1981 S.234, berichtigt GV NRW 1982 S.256) mit nachträglichen Änderungen
NRW OBG	Nordrhein-Westfälisches Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden i.d.F. der Bekanntmachung vom 13. Mai 1980 (GV NRW S.528)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
NZM	Neue Zeitschrift für Mietrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten i.d.F. d. Bekanntmachung vom 7. Januar 1985 (BGBl. I S. 1)
OeOGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof
OGH	Oberster Gerichtshof für die britische Zone
OGHZ	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone in Zivilsachen
OHG	Offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht; auch: Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiet des Zivilrechts (ältere Sammlung)
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen einschl. der freiwilligen Gerichtsbarkeit (neuere Sammlung)
OR	Schweizer Obligationenrecht vom 7. Juli 1911
OVG	Oberverwaltungsgericht (Ortsname)

OwiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten i.d.F. vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602)
PatG	Patentgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 16. Dezember 1980 (BGBl. 1981 I S. 1)
Personen- beförderungsgG	Personenbeförderungsgesetz i.d.F. vom 8. August 1990 (BGBl. I S. 1690)
PflanzenschutzG	Gesetz zum Schutz der Kulturpflanzen i.d.F. der Bekanntmachung vom 14. Mai 1998 (BGBl. I S. 917, ber. S. 1527 u. 3512)
PflegeVG	Gesetz zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit (Pflege-Versicherungsgesetz) vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014, 1048, 1070)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter (Pflichtversicherungsgesetz) vom 5. April 1965 (BGBl. I S. 213)
PHI	Produkt- und Umwelthaftpflicht international
Pkw	Personenkraftwagen
PostG	Gesetz über das Postwesen vom 22. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3294)
PostscheckO	Postscheckordnung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 20. Juni 1983 (BGBl. I S. 710)
ProdHaftG	Gesetz über die Haftung für fehlerhafte Produkte (Produkthaftungsgesetz) vom 19. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2198)
ProdSG	Gesetz zur Regelung der Sicherheitsanforderungen an Produkten und zum Schutz der EC-Kennzeichnung (Produktsicherheitsgesetz) vom 22. April 1997 (BGBl. I S. 934)
Prot. I-V	Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des bürgerlichen Gesetzbuchs, 6 Bde., 1897ff.
RabattG	Gesetz über die Preisnachlässe (Rabattgesetz) vom 25. November 1933 (RGBl. I S. 1011); aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2001 (BGBl. I S. 1663)
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begr. von E. Rabel
RAnz.	Reichsanzeiger
RBerG	Rechtsberatungsgesetz vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478)
Recht	Das Recht, begr. von Soergel
Referentenentwurf	Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung und Ergänzung schadensrechtlicher Vorschriften, herausgeb. von BJM 1967
RG	Reichsgericht
RGBl I, II	Reichsgesetzblatt Teil I und II
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RKnappschG	Reichsknappschaftsgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 1. Juli 1926 (RGBl. I S. 369)
RLeistG	Gesetz über Sachleistungen für Reichsaufgaben (Reichsleistungsgesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 1. September 1939 (RGBl. I S. 1645)
Rn	Randnummer
ROHG	Reichsoberhandelsgericht; auch Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
Rspr.	Rechtsprechung

r + s	Recht und Schaden
RSchOG	Rheinschiffahrts-Obergericht
RVO	Reichsversicherungsordnung. Nunmehr ersetzt durch SGB I, III-XI
S.	Satz oder Seite
s.	siehe
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchutzberG	Gesetz über die Beschränkung von Grundeigentum für die militärische Verteidigung (Schutzbereichsgesetz) vom 7. Dezember 1956 (BGBl. I S. 899)
SchwarzarbeitsG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit i.d.F. d. Bekanntmachung vom 6. Februar 1995 (BGBl. I S. 165)
Schwbg	Gesetz zur Sicherung der Eingliederung Schwerbehinderter in Arbeit, Beruf und Gesellschaft (Schwerbehindertengesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 26. August 1986 (BGBl. I S. 1421)
SeemannsG	Seemannsgesetz vom 26. Juli 1957 (BGBl. II S. 713)
SeuffA	Seufferts Archiv für die Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SGB	Sozialgesetzbuch I Allgemeiner Teil vom 11. Dezember 1975 (BGBl. I S. 3015) III Arbeitsförderung v. 24. März 1997 (BGBl. I S. 594) IV gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung vom 23. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3845) V Gesetzliche Krankenversicherung vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477) VI Gesetzliche Rentenversicherung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 19. Februar 2002 (BGBl. I S. 754, berichtigt S. 1404) VII Gesetzliche Unfallversicherung vom 7. August 1996 (BGBl. I S. 1254) VIII Kinder- und Jugendhilfe i.d.F. d. Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 1046) IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen vom 19. Juni 2001 (BGBl. I S. 1046) X Sozialverwaltungsverfahren und Sozialschutz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 18. Januar 2001 (BGBl. I S. 130) XI Soziale Pflegeversicherung vom 26. Mai 1994 (BGBl. I S. 1014)
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit
SHT	Sozialhilfeträger
SJZ	Süddeutsche Juristen-Zeitung
sog.	sogenannt(e)(er)
SoldG	Gesetz über die Rechtsstellung der Soldaten (Soldatengesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 14. Februar 2001 (BGBl. I S. 252)
SoldVersG	Gesetz über die Versorgung für die ehemaligen Soldaten der Bundeswehr und ihre Hinterbliebenen (Soldatenversorgungsgesetz) i.d.F. d. Bekanntmachung vom 9. April 2002 (BGBl. I S. 1258)
SP	Schaden-Praxis
SozVers	Die Sozialversicherung, Zeitschrift für alle Angelegenheiten der Kranken-, Renten- und Unfallversicherung
Stagma	Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte
std.	ständig
std.Rspr.	ständige Rechtsprechung

StGB	Strafgesetzbuch i.d.F. d. Bekanntmachung vom 13. November 1998 (BGBl. I S.3322)
StHG	Staatshaftungsgesetz vom 26. Juni 1981 (BGBl. I S. 553) für nichtig erklärt durch BVerfGE vom 19. Oktober 1982 (BGBl. I S. 1493)
str.	strittig
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8. März 1971 (BGBl. I S. 157)
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVG	Straßenverkehrsgesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 19. Dezember 1952 (BGBl. I S. 837)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung v. 16. November 1970 (BGBl. I S. 1565)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassung-Ordnung i.d.F. d. Bekanntmachung vom 28. September 1988 (BGBl. I S. 1793)
SZ	Entscheidung des Österreichischen Obersten Gerichtshofes in Zivil- und Justizverwaltungssachen
TelWG	Telegraphenwegesgesetz vom 18. Dezember 1899 (RGL. S. 705), jetzt aufgehoben durch das Telekommunikationsgesetz vom 25. Juli 1996 (BGBl. I S. 1120)
TransportR	Transport- und Speditionsrecht
TumultschadenG	Gesetz über die durch innere Unruhen verursachten Schäden vom 12. Mai 1920 (RGL. I S. 941)
u.E.	unseres Erachtens
Ufita	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz vom 10. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2634)
UN-Kaufabkommen	(Wiener) UN-Übereinkommen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980 (BGBl. 1989 II S. 588, berichtigt BGBl. 1990 II S. 1477), siehe CISG
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9. September 1965 (BGBl. I S. 1273)
uU	unter Umständen
UStG	Umsatzsteuergesetz i.d.F. vom. 9. Juni 1997 (BGBl. I S. 1270)
UStR	Umsatzsteuerrichtlinien, Umsatzsteuer-Rundschau
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGL. S. 499)
VA	Veröffentlichungen des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung
VAE	Verkehrsrechtliche Abhandlungen und Entscheidungen
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungen und der Bausparkassen i.d.F. vom 17. Dezember 1992 (BGBl. 1993 I S. 2)
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und das Bausparwesen
VerglO	Vergleichsordnung vom 26. Februar 1935 (RGL. I S. 321), jetzt aufgehoben durch die InsO
VermG	Gesetz zur Regelung offener Vermögensfragen i.d.F. d. Bekanntmachung vom 21. Dezember 1998 (BGBl. I S. 4026)
VersPrax	Die Versicherungs-Praxis. Organ der Versicherungsunternehmer

VersR	Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VersRdschau	(Österreichische) Versicherungsrundschau
VDE-Normen	Normen des Verbandes Deutscher Elektrotechniker
VG	Verwaltungsgericht (Ortsbezeichnung)
VGH	Verwaltungsgerichtshof (Ortsbezeichnung)
VGT	Deutscher Verkehrsgerichtstag
VHB	Allgemeine Bedingungen für die Neuwertversicherung des Hausrats gegen Feuer-, Einbruchsdiebstahl-, Beraubungs-, Leitungswasser-, Sturm- und Glasbruchschäden
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Investitionsrecht
VOB A, B	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen Teil A Allgemeine Bestimmungen über die Vergabe von Bauleistungen, Teil B Allgemeine Vertragsbedingungen über die Ausführung von Bauleistungen (Fassung vom 12.9. 2002; BAAnz Nr. 202 a)
VOL/A	Verdingungsordnung für Leistungen Teil A vom 17. September 2002 (BAAnz 2002 Nr. 216 a)
VOR	Zeitschrift für Verkehrs- und Ordnungswidrigkeitsrecht
VorbM.	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag vom 30. Mai 1908 (RGBl. S. 263)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung i.d.F. vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz i.d.F. vom 21. September 1998 (BGBl. I S. 3050)
WarnR	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts, hg. v. Warneyer. S. auch BGH WarnR
WEG	Gesetz über das Wohnungseigentum und das Dauerwohnrecht v. 15. März 1951 (BGBl. I S. 175)
WehrpflichtG	Wehrpflichtgesetz i.d.F. vom 21. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1756)
WG	Wechselgesetz vom 21. Juni 1933 (RGBl. I S. 399)
WHG	Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz) i.d.F. vom 12. November 1996 (BGBl. I S. 1696)
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WM	Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht, Wertpapier-Mitteilungen
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht
WuR	Die Wirtschaft und das Recht
Wussow Inf.	Wussow Informationen zum Versicherungs- und Haftpflichtrecht
WZG	Warenzeichengesetz i.d.F. d. Bekanntmachung vom 02. Januar 1968 (BGBl. I S. 1, 29); außer Kraft am 31. Dezember 1994
ZAKDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
z.B.	zum Beispiel
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZDG	Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer (Zivildienstgesetz) i.d.F. vom 28. September 1996 (BGBl. I S. 2811)

ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht
ZfV	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht; bis 1933: Zentralblatt für Handelsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht; bis 1982: Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZNotP	Zeitschrift für die Notar-Praxis
ZPO	Zivilprozessordnung i.d.F. d. Gesetzes vom 12. September 1950 (BGBl. I S. 455)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSchweizR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
z. T.	zum Teil
zust.	zustimmend
zutr.	zutreffend
ZVersWes	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZVersWiss	Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß, begr. von Busch

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

AK-BGB/Bearbeiter

Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Reihe Alternativkommentare) 1. Auflage 1979–1990

BAUMBACH/Bearbeiter ZPO

Zivilprozeßordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und anderen Nebengesetzen, begr. von Adolf Baumbach. Fortgef. von Wolfgang Lauterbach, nunmehr verf. von Jan Albers; Peter Hartmann. – 60. Aufl. 2002

BAUMGÄRTEL/Bearbeiter Handbuch der Beweislast

G. Baumgärtel, Handbuch der Beweislast im Privatrecht, Bd. 1 (AllgT, SchuldR), 2. Auflage 1991

BAUR SachenR

Baur/Stürner, Sachenrecht, begr. von Fritz Baur. Fortgef. von Jürgen F. Baur und Rolf Stürner. – 17. Aufl. 1999

BAUR/STÜRNER Zwangsvollstreckung

Zwangsvollstreckungs-, Konkurs- und Vergleichsrecht. Ein Lehrbuch von Rolf Stürner. Begr. von Fritz Baur. – 12. Aufl. Bd. 1.2., 1990–1995

BECKER/BÖHME Kraftverkehrs-Haftpflichtschäden

Kraftverkehrs-Haftpflicht-Schäden. Ein Handbuch begr. von Helmut Becker, fortgef. von Kurt E. Böhme. – 21. Aufl. 1999, bearb. von Kurt E. Böhme und Alois E. Dittrich

BLÜMICH/FALK Einkommensteuergesetz

Einkommensteuergesetz, Körperschaftsteuergesetz, Gewerbesteuergesetz : Hrsg. von Klaus Ebling u.a. (Loseblattausgabe).

BRUCK/MÖLLER VVG

Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz und zu den Allgemeinen Versicherungsbedingungen unter Einschluss des Versicherungsvermittlerrechtes. Begr. von Ernst Bruck, neu bearbeitet von Hans Möller, Bd. I 8. Aufl. 1961ff., Bd. II 8. Aufl. 1980ff.

DEUTSCH Haftungsrecht I

Allgemeines Haftungsrecht – 2., völlig neugestaltete u. erw. Aufl. 1996.

1. Aufl. u.d.T.: Deutsch, Erwin: Haftungsrecht, erster Band: Allgemeine Lehren 1976

ENN/LEHMANN SchuldR

L. Enneccerus – H. Lehmann, Recht der Schuldverhältnisse 15. Aufl. 1958

ENN/NIPPERDEY AllgT

L. Enneccerus – H.C. Nipperdey, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 1. Halbbd. 15. Aufl. 1959, 2. Halbbd. 15. Auflage 1960

ERMAN/Bearbeiter

Erman Bürgerliches Gesetzbuch : Handkommentar mit AGBG, EGBGB, ErbbauVO, HausratsVO, HausTWG, ProdHaftG, SachenRBerG, SchuldRAnpG, VerbrKrG, früher herausgeb. v. W. Erman, nunmehr hrsg. von Harm Peter Westermann. Bearb. von Lutz Aderhold u.a. – 10. neubearb. Aufl. Bd. 1.2., 2000

ESSER SchuldR I, II

J.Esser, Schuldrecht, Lehrbuch Band 1 Allgemeiner Teil 4. Aufl. 1970, Bd. 2 Besonderer Teil 4. Aufl. 1970

ESSER/SCHMIDT SchuldR I

Schuldrecht: Ein Lehrbuch begr. von Josef Esser, fortgeführt von Eike Schmidt. Bd. 1. Allgemeiner Teil 8. Aufl. – Teilbd. 1. Entstehung, Inhalt und Beendigung von Schuldverhältnissen, 1995. Teilbd. 2. Durchführungshindernisse und Vertragshaftung, Schadensausgleich und Mehrseitigkeit beim Schuldverhältnis, 2000.

ESSER/WEYERS SchuldR II

Schuldrecht: Ein Lehrbuch begr. von Josef Esser, fortgeführt von Hans-Léo Weyers. Bd. 2. Besonderer Teil. 8. Aufl. – Teilbd. 1. Verträge – 1998. Teilbd. 2. Gesetzliche Schuldverhältnisse, 2000.

FIKENTSCHER SchuldR

Schuldrecht, Lehrbuch von Wolfgang Fikentscher. – 9. Aufl. 1997

FISCHBACH BBG

Bundesbeamtengesetz in der Fassung des Gesetzes vom 1. Oktober 1961, erl. von Oskar G. Fischbach. – 3. Aufl. Bd. 1.2., 1964–1965

FLUME AllgT I, II

W. Flume, Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Gesetzbuches, Bd. I/1. Teil: Die Personengesellschaft 1977, Bd. I/2. Teil: Die juristische Person 1983; Bd. II: Das Rechtsgeschäft – 4. unveränderte Aufl. 1992

GEIGEL/Bearbeiter Haftpflichtprozess

R. u R. Geigel, Der Haftpflichtprozess mit Einschluss des materiellen Haftpflichtrechts – 23. Aufl. 2001, hrsg. von Günter Schlegelmilch. Bearb. von Hans-Peter Freymann u.a.

GERNHUBER Familienrecht

Lehrbuch des Familienrechts, von Joachim Gernhuber und Dagmar Coester-Waltjen. – 4. Aufl. 1994

GKÖD

Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht 1973ff., Loseblattausgabe, herausgeg. von W. Fürst

GOTTHARDT Wandlungen

P. Gotthardt, Wandlungen schadensrechtlicher Wiedergutmachung 1996

GREGER Haftungsrecht

R. Greger, Haftungsrecht des Straßenverkehrs 3. Aufl. 1997

GROSSKOMM. HGB/Bearbeiter

Handelsgesetzbuch. Großkommentar, begr. von H. Staub, neu bearb. von D. Brügge-mann/R. Fischer u.a. 3. Aufl. 1967–1982. 4. Auflage s. Staub, Großkomm. HGB

HECK SchuldR

Ph. Heck, Grundriss des Schuldrechts, 1929

HIMMELREICH/KLIMKE Kfz-Schadensregulierung

KFZ-Schadensregulierung. Loseblatt-Kommentar von K. Himmelreich und M. Klimke 3. Aufl. 1987ff.

HOFMANN Haftpflicht

E. Hofmann, Haftpflichtrecht für die Praxis 1989

HUBER Leistungsstörungen I, II

U. Huber, Leistungsstörungen 1999 = Handbuch des Schuldrechts 9/1 und 9/2 I. Die allgemeinen Grundlagen – Der Tatbestand des Schuldnerverzugs – Die vom Schuldner zu vertretenden Umstände II – Die Folgen des Schuldnerverzugs – Die Erfüllungsverweigerung und die vom Schuldner zu vertretende Unmöglichkeit

JAGUSCH/HENTSCHEL

Straßenverkehrsrecht. Kommentar von Peter Hentschel. – 35., Neubearb. Aufl. 1999 des von Johannes Floegel begr. Werkes

JAUERNIG/Bearbeiter

Bürgerliches Gesetzbuch mit Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Hrsg. von Othmar Jauernig. Erl. von Christian Berger u.a. – 10. Aufl. 2002

KIPP/COING Erbrecht

Erbrecht, ein Lehrbuch. Auf d. Grundlage d. Bearb. von Theodor Kipp fortgef. von Helmut Coing. – 14. Bearb. 1990

KRESS SchuldR

H. Kress, Lehrbuch des Allgemeinen Schuldrechts 1929

LARENZ SchuldR I, II, II 1

Lehrbuch des Schuldrechts – Bd. 1.: Allgemeiner Teil. – 14. Aufl. 1987 – Bd. 2: Besonderer Teil Erster Halbband – 13. Aufl. 1986

LARENZ/CANARIS SchuldR II 2

K. Larenz/C.W. Canaris, Lehrbuch des Schuldrechts 2. Band. Besonderer Teil, Zweiter Halbband 13. Aufl. 1994

LEONHARDT SchuldR

F. Leonhardt, Allgemeines Schuldrecht des BGB 1929

LOOSCHELDERS Mitverantwortlichkeit

D. Looschelders, Die Mitverantwortlichkeit des Geschädigten im Privatrecht 1999

MEDICUS Bürgerliches Recht

D. Medicus, Bürgerliches Recht 19. Aufl. 2002

MEDICUS SchuldR I, II

D. Medicus: Schuldrecht I – Allgemeiner Teil 13. Aufl. 2002; Schuldrecht II – Besonderer Teil 11. Aufl. 2003

MÜNCH-KOMM/Bearbeiter

Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Hrsg. von Kurt Rebmann. 3. Aufl. 1992–1999, 4. Aufl. 2000ff.

PAL/Bearbeiter

Bürgerliches Gesetzbuch, Kurzkomentar begr. v. O. Palandt. Bearb. von Peter Basenge u.a. 61. Aufl. 2002 (Hauptbd. und Erg.bd.); 62. Aufl. 2003

Planck/Bearbeiter

G. Planck, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz 4. u. 5. Aufl. 1913ff.

PLOG-WIEDOW/Bearbeiter

Kommentar zum Bundesbeamtengesetz, Loseblattausgabe von E. Plog, A. Wiedow, G. Beck, B. Lemhöfer, 1970ff.

PLÜCKEBAUM/MALITZKI Umsatzsteuergesetz

Umsatzsteuergesetz – Mehrwertsteuer, Kommentar begr. von K. Plückebaum, fortgesetzt von H. Malitzki (Loseblattsammlung) 10. Auflage 1967ff.

PRÖLSS/MARTIN

Versicherungsvertragsgesetz – Kommentar zum VVG und EGVVG sowie Kommentierung wichtiger Versicherungsbedingungen – Bearb. von Ulrich Knappmann u.a. – 26. Aufl. 1998 des von Erich R. Prölss begr. Werks.

RGRK/Bearbeiter

Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs; Kommentar hrsg. von den Mitgliedern des Bundesgerichtshofes. – 12. Aufl. 1974–2000

ROSENBERG/SCHWAB ZPR

Zivilprozessrecht – begr. von Leo Rosenberg. Fortgef. von Karl Heinz Schwab. Nunmehr bearb. von Peter Gottwald. – 15. Aufl. 1993

SANDEN/VÖLTZ

Sachschadenrecht des Kraftverkehrs – begr. von Georg Sanden. Fortgef. von Jürgen Völtz. – 7. Aufl. 2000

SCHLEGELBERGER/Bearbeiter HGB

F. Schlegelberger/E. Gessler/W. Hefermehl. Kommentar zum Handelsgesetzbuch 5. Aufl. 1973–1992

SELB Handbuch

Mehrheiten von Gläubigern und Schuldern von W. Selb = Handbuch des Schuldrechts Bd. 5 1984

SIBER SchuldR

H. Siber, Grundriss des Bürgerlichen Rechts, Bd. II Schuldrecht 1931

SOERGEL/Bearbeiter

Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen. Kohlhammer-Kommentar, begr. von Hs. Th. Soergel. Neu hrsg. von W. Siebert. Bearb. von Jürgen F. Baur u.a. 12. Auflage 1987ff., 13. Aufl. 1999ff.

STAUB Großkomm. HGB

Großkommentar der Praxis zum HGB, begr. von H. Staub, herausgeb. von C. Canaris, W. Schilling, P. Ulmer 4. Aufl. 1983ff. 3. Aufl. s. Großkomm. HGB

STAUD/Bearbeiter

J. v. Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch 10./11. Aufl. 1952 – 1978, 12. Aufl. 1978ff. – 13. und spätere Bearb. 1993ff.

STEIN/JONAS/Bearbeiter ZPO

Kommentar zur Zivilprozessordnung begr. v. L. u. G. Gaupp, fortgeführt von F. Stein und H. Jonas 21. Aufl. 1993ff., 22. Auflage 2002ff.

STIEFEL/HOFMANN AKB

Kraftfahrtversicherung, Kommentar zu den Allgemeinen Bedingungen der Kraftfahrtversicherung – AKB 17. Aufl. 2000

STOLL Haftungsfolgen

H. Stoll, Haftungsfolgen im bürgerlichen Recht. Eine Darstellung auf rechtsvergleichender Grundlage 1993

THOMAS/PUTZO ZPO

Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz, den Einführungsgesetzen und europarechtlichen Vorschriften; Kommentar bearb. von Heinz Thomas u.a. – 24. Aufl. 2002.

v. TUHR AllgT

A. v. Tuhr, Der Allgemeine Teil des Bürgerlichen Rechts, Bd. I 1910; Bd. II 1. Hälfte 1914, 2. Hälfte 1918

WESTERMANN/Bearbeiter SachenR

Sachenrecht, ein Lehrbuch. Begr. von Harry Westermann.
Fortgef. von Harm Peter Westermann. 7. Aufl. 1998

WOLF SchuldR I

E. Wolf, Lehrbuch des Schuldrechts. Erster Band Allgemeiner Teil 1978

WOLFF/RAISER SachenR

M. Wolff – L. Raiser, Sachenrecht 10. Aufl. 1957

WUSSOW/Bearbeiter Unfallhaftpflichtrecht

Unfallhaftpflichtrecht : Gesamtdarstellung. Bearb. von Reinhard Baur u.a. – 15. Aufl. 2002.

WUSSOW/KÜPPERSBUSCH Ersatzansprüche bei Personenschaden

Ersatzansprüche bei Personenschaden – eine praxisbezogene Anleitung von Gerhard Küppersbusch. – 7. Aufl. 2000 des von Werner Wussow begr. Werkes

Einleitung: Stand, Entwicklungstendenzen und Reform des Schadensersatzrechts

Literatur: HANS ALBRECHT FISCHER Der Schaden nach dem BGB für das deutsche Reich 1903; NEUNER Interesse und Vermögensschaden, AcP 133 (1931), 277ff; BAUR Entwicklung und Reform des Schadensersatzrechts 1935; WILBURG Die Elemente des Schadensrechts 1941; MICHAELIS Beiträge zur Gliederung und Weiterbildung des Schadensrechts 1943; v. CAEMMERER Wandlungen des Deliktsrechts in: Hundert Jahre Deutsches Rechtsleben 1960 Bd. II, 49ff; WEYERS Unfallschäden 1971; E. SCHMIDT Grundlagen des Haftungs- und Schadensrechts in: Grundlagen des Vertrags- und Schuldrechts 1972, 465ff; SCHIEMANN Argumente und Prinzipien bei der Fortbildung des Schadensrechts 1981; MAGNUS Schaden und Ersatz (rechtsvergleichend) 1987; LANGE/HAGEN Wandlungen des Schadensersatzrechts 1987; R. WEBER Wandlungen des Haftpflichtrechts in den Jahren 1975–1985, VersR 1988, 986ff; HONSELL/HARRER Schaden und Schadensberechnung, JuS 1991, 441ff; ROUSSOS Schaden und Folgeschaden 1992; CHR. HUBER Fragen der Schadensberechnung, 1993, 2. unveränderte Aufl. 1997; HANS STOLL Haftungsfragen im bürgerlichen Recht 1993; GOTTHARDT Wandlungen schadensrechtlicher Wiedergutmachung 1996; DEUTSCH Allgemeines Haftungsrecht 2. Aufl. 1996; SCHIEMANN Rechtspolitik und Rechtsdogmatik im gegenwärtigen deutschen Schadensrecht, FS für Hagen, 1991, 27ff; WENDEHORST Anspruch und Ausgleich 1999; v. BAR Gemeineuropäisches Deliktsrecht Bd. II 1999; THÜSING Wertende Schadensberechnung 2001; DEUTSCH/AHRENS Unerlaubte Handlungen – Schadensersatz – Schmerzensgeld 4. Aufl. 2002

Neuere Übersichten über höchstrichterliche Rechtsprechung: GROSS VersR 1996, 657ff; GRUNSKY JZ 1997, 764ff, 825ff; v. GERLACH DAR 1998, 213ff; 1999, 241ff; 2000, 241ff; 2001, 241ff; 2002, 241ff.

Zur Reform: NIPPERDEY Grundfragen der Reform des Schadensersatzrechts 1941; Gutachten und Verhandlungen der Deutschen Juristentage: 42. DJT (1958; Persönlichkeitsverletzungen); 43. DJT (1960; Alles- oder Nichtsprinzip); 45. DJT (1964; Immaterieller Schaden); 56. und 59. DJT (1986 und 1992; Umweltschäden); 58. DJT (1990; Medienrecht und Rechtsschutz des einzelnen); 60. DJT (1994; Leistungsstörungen); 62. DJT (1998; Massenschäden; dazu KOCH JZ 1998, 801ff; G. MÜLLER VersR 1998, 1181ff; v. BAR NJW 1998 Heft 23 Beil. 5–10; Beschlüsse NJW 1999, 117ff); v. CAEMMERER Reform der Gefährdungshaftung 1971; Gutachten und Vorschläge zur Überarbeitung des Schuldrechts, hg. vom BJM: §§249–255 in Bd. I 1981, 375ff. (Gutachten Hohloch); Deliktsrecht in Bd. II 1981, 1681ff. (Gutachten v. Bar); Gefährdungshaftung in Bd. II, 1979ff. (Gutachten Kötz). Verkehrsrechtlich relevante Probleme des Schadensrechts werden de lege lata und de lege ferenda auf den jährlich stattfindenden Verkehrsgerichtstagen behandelt, Berichte hg. von der Dt. Akademie für Verkehrswissenschaft in Hamburg. Weiteres zur Reform s.u. unter VIII.

I. Der Anwendungsbereich des Schadensersatzrechts

1. Die Bestimmungen des BGB über den Inhalt der Schadensersatzschuld (§§249–255) gehören zu den wichtigsten des gesamten Bürgerlichen Rechts. Sie gelten für sämtliche nach dem BGB begründeten Schadensersatzverbindlichkeiten.

ten, so für die Verpflichtungen aus dem Recht der unerlaubten Handlungen unter Einschluß der Beamten- und der Staatshaftung (§§ 823 ff, 839, Art. 34 GG), für andere gesetzliche Ersatzverbindlichkeiten wie sie z.B. aus dem Eigentümer-Besitzverhältnis (§§ 989, 990) und aus dem Recht der Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 678, 687 II) hervorgehen können, ferner für die Haftung wegen Verschuldens beim Vertragsschluß und für die Haftung wegen schuldhafter Verletzung bestehender Verbindlichkeiten. Die §§ 249–255 gelten auch für Haftungen ohne Verschulden wie z.B. für die Ersatzpflicht des Anfechtenden (§ 121 I), des schuldlosen Vertreters ohne Vertretungsmacht (§ 179 II), für die Haftung dessen, der irrtümlich zur Selbsthilfe gegriffen hat (§ 231), für die Ersatzpflicht bei aggressivem Notstand (§ 904 S. 2), für die Haftung des Gastwirts (§ 701), des Tierhalters (§ 833) und für Garantiehafungen (§§ 276 I S. 1, 443 n.F.) und für die Haftung des Vermieters für anfängliche Mängel der Mietsache (§ 536 a I n.F.).

Des weiteren gelten die angeführten Vorschriften des BGB, soweit keine Sonderregelung getroffen ist, auch für Schadensersatzverpflichtungen nach anderen Gesetzen, so insbesondere auch nach dem HGB (Bsp. §§ 61 I, 385 I Halbs. 2, 429), nach der ZPO (Bsp. §§ 302 IV S. 3, 600 II, 641 g, 717 II, 945) und nach der InsO (Bsp. §§ 60 I S. 2, 109 S. 2). Im Baurecht sind die Schadensersatzansprüche nach der Verdingungsordnung für Bauleistungen zu nennen (§ 13 Nr. 7 I–III VOB/B).

2. Von hoher Bedeutung ist die Anwendung der §§ 249–255 auf Schadensersatzverbindlichkeiten, die sich aus den *Haftungsgesetzen* ergeben (insbes. §§ 1 HPfLG, 7 StVG, 33 LuftVG, 25 AtomG, 84 ArzmG, 22 WHG, 114 BBergG, 1 ProdHG, 1 UmweltHG, 32 GenTG). Diese Gesetze kennen meist eine Haftungshöchstgrenze (Näheres § 10). Eine Selbstbeteiligung für Sachschäden ist in § 11 ProdHG vorgesehen. Ersatz für unbedeutende Sachschäden ist im Rahmen des § 5 UmweltHG ausgeschlossen.

3. *Entschädigungsforderungen*, die nach *öffentlichem Recht* begründet sind, folgen vielfach eigenen Regeln und bleiben dem Umfang nach hinter dem zurück, was sich aus den §§ 249 ff ergeben würde¹. Dies schließt die Anwendung einzelner Regeln des bürgerlichen Schadensersatzrechts nicht aus, wie z.B. der Grundsätze aus dem Recht der Vorteilsausgleichung (Näheres § 9 XII) und aus dem Recht der Mitverantwortung des Geschädigten (Näheres § 10 IV 4). Wenn sich aus dem Sinn und Wortlaut der jeweiligen Bestimmung nichts Abweichendes ergibt, können aber auch die §§ 249 ff insgesamt anwendbar sein. So bestimmt sich z.B. beim Entschädigungsanspruch für ungerechtfertigte Strafverfolgungsmaßnahmen der in § 7 StrEG enthaltene Begriff des Vermögensschadens nach den §§ 249–251², und ebenso ist auch hinsichtlich des (jetzt durch das Telekommunikationsgesetz aufgehobe-

¹ Überblick bei STAUD/SCHIEHMANN Rn 15–22 vor §§ 249–255.

² BGHZ 63, 203, 205; BGH JZ 1989, 850 m. weit. Nachw.

nen) im TelWG enthaltenen Schadensbegriffs³ und hinsichtlich beamtenrechtlicher Schadensersatzansprüche⁴ entschieden worden. Anwendbar sind die §§ 249ff auch auf Schadensersatzansprüche aus *Landesgesetzen*, soweit diese keine Sonderregelungen enthalten.

4. Bei Schadensersatzansprüchen aus *internationalen Abkommen* ist zunächst die Vorfrage zu stellen, ob deutsches oder ausländisches Recht anwendbar ist. Ist deutsches Recht anzuwenden, so gelten die §§ 249ff, sofern das in Frage stehende Abkommen keine Sonderregelung enthält.

a) Eine solche Sonderregelung ist im *Wiener UN-KaufAbK* in den Art. 74–77 enthalten. Die Bestimmungen betreffen den Schadensersatz wegen Vertragsverletzungen. Die Abweichungen vom deutschen Recht sind gering.

b) Eine weitere Sonderregelung enthält die *europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK)*. Art. 5 V sieht vor, daß jeder der unberechtigt von der Festnahme oder Haft betroffen ist, Anspruch auf Schadensersatz hat. Art. 50 ermächtigt den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine gerechte Entschädigung festzusetzen, wenn das innerstaatliche Recht nur eine ungenügende Wiedergutmachung gewährleistet⁵.

c) Schadensersatzansprüche können auch nach dem immer bedeutsamer werdenden *EG-Recht* begründet sein, so z.B. wenn ein Staat EG-Richtlinien nicht rechtzeitig in nationales Recht umsetzt⁶. Bei Verstößen gegen das Gemeinschaftsrecht richtet sich die Schadensberechnung mangels supranationaler Bestimmungen nach dem nationalen Recht, wobei aber vom EuGH aufgestellte Grenzen zu beachten sind⁷.

d) Soweit die deutsche Fassung supranationaler Vorschriften nur eine Übersetzung ist, entstehen Probleme dadurch, daß der maßgebliche englische oder französische Text auch in der schadensrechtlichen Terminologie mit dem deutschen mitunter nicht deckungsgleich ist⁸.

5. Die §§ 249–255 sind grundsätzlich *dispositiv*. Schadensersatzverbindlichkeiten können daher im Einzelvertrag innerhalb der durch den Allgemeinen Teil

³ BGHZ 36, 217, 221.

⁴ BVerwG JZ 1991, 980, 981.

⁵ Einzelheiten bei DANNEMANN Schadensersatz bei Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention 1994.

⁶ Hierzu EuGH JZ 1992, 305 und HAILBRONNER JZ 1992, 284ff. Allgemeiner Überblick bei SAENGER Staatshaftung wegen Verletzung europäischen Gemeinschaftsrechts, JuS 1997, 865ff. Zur Pauschalreiserichtlinie s. STÖHR NJW 1999, 1063ff, und EuGH NJW 2002, 1255 (zu immateriellen Schäden); TONNER/LINDNER NJW 2002, 1475ff.

⁷ Hierzu EuGH JZ 1996, 789, 796f und EHLERS JZ 1996, 776ff.

⁸ Zum Sprachgebrauch in ausländischen Rechten sei verwiesen auf die rechtsvergleichenden Arbeiten von MAGNUS und von HANS STOLL (s. Schrifttum), zu den speziellen Problemen der Auslegung der CMR KOLLER VersR 1994, 384f.

(§§ 134, 138) und das allgemeine Schuldrecht (§ 276 III n.F.) gesetzten Grenzen auch im vorhinein abweichend geregelt werden. Im Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen sind Erweiterungen des Anspruchs unzulässig im Rahmen des § 309 Nr. 5 n.F. (vgl. auch § 309 Nr. 6 n.F. zur Vertragsstrafe) und des § 309 Nr. 11b n.F. Einschränkungen sind unzulässig im Rahmen des § 309 Nr. 7 und Nr. 8b n.F. Auch die Generalklausel beschränkt die Möglichkeit, Vereinbarungen über den Inhalt des Schadensersatzanspruchs im vorhinein zu treffen. Weitere Beschränkungen der Vertragsfreiheit ergeben sich aus Bestimmungen über einzelne Anspruchsgrundlagen. So können z.B. die dem Dienstherrn gem. §§ 617, 618 obliegende Verpflichtungen (hier: §§ 618 III, 842–846) gem. § 619 nicht im voraus durch Vertrag aufgehoben oder beschränkt werden. Entsprechendes gilt gem. § 651m für Schadensersatzansprüche des Reisenden aus dem Reisevertragsrecht, soweit nicht § 651h eingreift. Beschränkungen der Gastwirthaftung sind nur im Rahmen des § 702a möglich. Gem. § 444 n.F. kann sich der Verkäufer auf eine Vereinbarung, durch welche die Rechte des Käufers wegen eines Mangels ausgeschlossen oder beschränkt werden, nicht berufen, wenn er den Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie übernommen hat. Das gleiche gilt gem. § 639 n.F. im Werkvertragsrecht. S. zur Zulässigkeit von Haftungsausschlüssen auch unten § 10 XVI 1.

II. Bürgerliches Schadensrecht und kollektive Schadenstragung⁹

Die moderne Daseinsvorsorge hat dazu geführt, daß ein Schadensfall die unmittelbar Beteiligten, den Schädiger und den Geschädigten, wirtschaftlich vielfach nicht oder doch nicht in vollem Umfang trifft.

1. Die Lage des Geschädigten. Personenschäden werden heute weitgehend durch kollektive Versorgungsträger aufgefangen, durch die Träger der gesetzlichen Kranken-, Unfall- oder Rentenversicherung, durch den Dienstherrn des verletzten Beamten oder durch den Arbeitgeber, der dem Arbeitnehmer im Rahmen des EFZG das Arbeitsentgelt fortzahlen muß. Wer nicht in der gesetzlichen Krankenversicherung ist, hat sich i.d.R. zumindest in gewissem Umfang privat versichert. Sachschäden treffen den Ersatzberechtigten zwar des öfteren selbst. Aber auch insoweit greifen vielfach Versicherungsleistungen ein; die volle Versicherung des häufigsten Schadensobjektes, des Kraftfahrzeugs, ist wegen des hohen Kostenauf-

⁹ SELB Individualschaden und soziale Sicherung, *Karlsruher Forum* 1964; EIKE VON HIPPEL Schadensausgleich bei Verkehrsunfällen 1968; WEYERS Unfallschäden 1971, 64ff; SCHÄFER Soziale Schäden, soziale Kosten und soziale Sicherung 1972; KÖTZ Sozialer Wandel im Unfallrecht 1976; EIKE VON HIPPEL Grundfragen der sozialen Sicherheit 1979; SIEG Überlagerung der bürgerlich-rechtlichen Haftung durch kollektive Ausgleichssysteme, *VersR* 1980, 1085ff; SCHULIN Soziale Entschädigung als Teilsystem kollektiven Schadensausgleichs 1981; BRÜGGEMEIER Gesellschaftliche Schadensverteilung und Deliktsrecht, *AcP* 182 (1982), 385ff; GÄRTNER Wechselwirkung zwischen Haftung und Versicherung bei Kfz-Schäden, *BB* 1993, 1454ff; DEUTSCH Haftungsrecht *Rn* 745ff.

wandes allerdings nicht die Regel. Dem Geschädigten verbleibt der Schadenersatzanspruch bei Eintritt eines Versorgungsträgers meist nur in dem Umfang, als dessen Leistungen geringer sind als das, was der Ersatzberechtigte vom Ersatzpflichtigen nach den §§ 249–255 zu beanspruchen hat. Er behält vor allem den Anspruch auf Schmerzensgeld und oft auch den Anspruch auf Ersatz für Vermögensfolgeschäden, da die Versorgungsträger für diese Schadensposten im allgemeinen nicht einzustehen haben. Restansprüche hat der Geschädigte in vielen Fällen auch hinsichtlich der Nachteile für Erwerb und Fortkommen, da die Leistungen der Sozialversicherungsträger nach abstrakten Maßstäben berechnet und vom jeweiligen Versicherungsstatus beeinflusst werden.

2. Die Lage des Ersatzpflichtigen. Der Halter eines Kraftfahrzeugs muß im Rahmen des PflVG eine Haftpflichtversicherung für die Personen-, Sach- und Vermögensschäden abschließen, die durch das von ihm gehaltene Kraftfahrzeug verursacht werden können. Der Geschädigte kann, soweit die Versicherungspflicht reicht, neben dem Ersatzpflichtigen auch dessen Versicherung unmittelbar in Anspruch nehmen (§ 3 Nr. 1 PflVG). Gegen zivilrechtliche Ersatzansprüche müssen ferner u.a. Luftverkehrsunternehmen, Notare, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und bestimmte Gewerbetreibende versichert sein¹⁰. Im übrigen sind freiwillige Versicherungen gegen die Inanspruchnahme aus Schadenersatzansprüchen, insbesondere aus den §§ 823ff möglich und verbreitet. Die Ersatzpflicht trifft den Schädiger in vielen Fällen wirtschaftlich dadurch, daß er im Schadensfreiheitsrabatt zurückgestuft wird, weshalb er kleinere Ersatzansprüche besser selbst befriedigt. Er ist ferner persönlich betroffen, wenn Schadensfolgen auftreten, die außerhalb des Versicherungsschutzes liegen oder wenn der Schaden die Deckungssumme überschreitet.

3. Auswirkungen der Entwicklung auf das bürgerliche Schadenersatzrecht. a) Diese Entwicklung hat das Schadenersatzrecht des BGB nicht verdrängt. Wenn der Geschädigte Rechte gegen einen kollektiven Versorgungsträger hat, geht der Schadenersatzanspruch im allgemeinen auf diesen über¹¹, soweit die zu beanspruchenden Leistungen mit den Forderungsrechten aus den §§ 249ff kongruent sind. Das gleiche ist der Fall, wenn der Geschädigte Leistungen aus einer privaten Schadensversicherung (§ 67 VVG) erhält oder wenn ihm sein Arbeitgeber den Lohn fortzahlt (§ 6 EFZG). Der Inhalt des übergegangenen Anspruchs richtet sich, von Ausnahmefällen abgesehen¹², nach Bürgerlichem Recht. Auch eine Versi-

¹⁰ Zusammenstellung bei PRÖLSS/MARTIN VVG Vorbem. IV Rn 1–18.

¹¹ §§ 116, 119 SGB X, 90 IV S. 2 BSHG, 87a BBG, 52 BRRG, 30 III SoldG, 81a BVersG, 80 SVG, 5 OEG, 54 II BSeuchG, 8 II BEG, 4 I HHG, 47 ZDG.

¹² Der zum Regreß berechtigte Krankenversicherer kann die Kosten für ambulante Behandlung gem. § 116 VIII SGB X pauschalieren (hierzu § 11 C II 5). Weitere Ausnahmen betreffen den sog. Beitragsregreß (hierzu § 11 C II 15b).

cherung des Ersatzpflichtigen ändert an dessen zivilrechtlichen Verbindlichkeiten im allgemeinen nichts.

Anders ist die Lage im Arbeitsunfallrecht¹³. Dieses schließt im Rahmen des § 104 SGB VII die nach Bürgerlichem Recht an sich bestehenden Ansprüche des Geschädigten gegen den Arbeitgeber und ggf. weitere Personen im Arbeitsbereich aus und beschränkt ihn auf die Ansprüche gegen den Träger der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Geschädigte hat insbes. auch keinen Anspruch auf die etwaige Differenz zwischen den ihm zustehenden Leistungen und dem Schadensersatzanspruch, der ihm nach den §§ 249ff zustehen würde. Rückgriffsansprüche hat der Sozialversicherungsträger nur in den relativ seltenen Fällen der §§ 110, 111 SGB VII. Wenn ein Außenstehender einen Arbeitsunfall auslöst, steht er u. U. schlechter, als wenn er einen nicht Versicherten verletzt hätte¹⁴.

Ferner kann bei einem Dienstunfall der verletzte Beamte gegen den Dienstherrn nur die nach den Beamtenversorgungsgesetzen begründeten Ansprüche erheben (§ 46 BeamtVG), sofern sich der Dienstunfall nicht bei der Teilnahme am allgemeinen Verkehr ereignet hat (§ 1 ErweitZulG). Eine entsprechende Regelung ist auch im SoldVersG getroffen (§ 91a).

b) Obwohl der *Trend zur Kollektivierung* dem Gesetz zufolge, von den soeben angeführten Ausnahmen abgesehen, am Inhalt und an der Verbreitung des zivilen Schadensersatzrechts nicht allzu viel geändert hat, so ist er doch für dieses Rechtsgebiet unter mehreren Aspekten von hoher Bedeutung.

aa) Das *bürgerliche Schadensersatzrecht* steht heute gewissermaßen im *Vorfeld der großen Versorgungsträger*. Gesetz und zugehörige Rechtsprechung liefern diesen wichtige Kalkulationsgrundlagen für die von ihnen zu beanspruchenden Prämien und Beiträge. Einzelne Urteile können eine früher kaum gekannte Massenzahlung entfalten, sowohl was die sachlich betroffene Personenzahl als was die ökonomischen Folgen anlangt.

bb) Die *Ausweitung der kollektiven Schadenstragung* hat sich auf das *tatsächliche Verhalten* der am Schadensfall Beteiligten ausgewirkt¹⁵. Kleinere Forderungen, auf die der Geschädigte selbst nicht verzichten würde, werden von großen Versorgungsträgern oft nicht verfolgt, weil für sie der erforderliche Verwaltungsaufwand in einem Mißverhältnis zu dem allenfalls zu erwartenden Ertrag stehen würde. Vor allem aber werden eine hohe Zahl von Schadensfällen über Teilungs- und Regreß-

¹³ Zu den Neuerungen, die im SGB VII gegenüber der bisherigen Regelung (§§ 636, 637; 640, 641 RVO) getroffen worden sind, s.u. § 11 C II 16.

¹⁴ BGH JZ 1990, 186 m. krit. Anm. LÖWISCH. Ein ersatzpflichtiger Werkunternehmer haftet unter dem Gesichtspunkt der positiven Forderungsverletzung auch für den Schaden, der dadurch entsteht, daß dem Besteller nach der Satzung der Berufsgenossenschaft, deren Mitglied er ist, ein ihm ohne den Unfall zustehender Beitragsnachlaß nicht gewährt wird.

¹⁵ Schwer abzuschätzen sind die Auswirkungen auf das tatsächliche Verhalten im Straßenverkehr; vgl. hierzu WEYERS Unfallschäden 1971, 446ff; DEUTSCH Haftungsrecht Rn 760. Es scheint sich jedenfalls nicht erweisen zu lassen, daß die Unfallquote in nennenswertem Umfang durch die unterschiedlichen Schadenstragungssysteme beeinflusst wird.

verzichtsabkommen abgewickelt, die die Sozialversicherungsträger mit den Haftpflichtversicherern und die privaten Versicherer untereinander abgeschlossen haben¹⁶.

cc) Da namentlich bei bedeutenden Schadensfällen sehr häufig nicht die unmittelbar Beteiligten, sondern die großen Versorgungsträger vor die Schranken des Gerichts treten, haben die *Regreßprobleme* laufend an Gewicht gewonnen, und das bürgerliche Schadensersatzrecht ist immer stärker mit Fragen des Sozial- und des Privatversicherungsrechts sowie des Beamten- und des Dienstvertragsrechts verzahnt worden. Infolge der verschiedenen Struktur der einzelnen Rechtsgebiete ist eine vielschichtige Übergangsproblematik mit diffizilen Fragen wie z.B. denen der Kongruenz, des Quotenvorrechts, des Zeitpunktes des Rechtsübergangs, des Schuldnerschutzes, der Verjährung und des Verhältnisses mehrerer Legalzessionare zueinander entstanden. Die Fragen des Rechtsüberganges wirken aber auch in die allgemeine Dogmatik des zivilen Schadensersatzrechts hinein. Sie haben die Diskussionen um den Schadensbegriff beeinflusst (hierzu unten unter § 1 III) und sind ferner auch für die Lehre von der Vorteilsausgleichung bedeutsam. So läßt sich z.B. im Verhältnis der unmittelbar Betroffenen zueinander die These vom einheitlichen, auf den Gesamtsaldo gerichteten Schadensersatzanspruch, von dem man etwaige relevante Vorteile abzuziehen hat, zumindest vertreten. Der Rechtsübergang einzelner Bestandteile dieses Anspruchs auf mehrere Versorgungsträger führt zur Aufspaltung und damit zur Frage, welcher Vorteil welchem Nachteil zuzurechnen ist. Die neu geschaffene Regreßvorschrift des § 119 SGB X führt nach jetziger Rechtslage dazu, daß ein bürgerlich-rechtlicher Schadensausgleich möglich wird, der bislang nicht möglich war¹⁷.

dd) Es gibt zwar kaum Bestimmungen, die die Existenz oder die Höhe eines zivilrechtlichen Anspruchs davon abhängig machen, ob der eingetretene Schaden versichert war oder zu versichern gewesen wäre¹⁸. Erheblich ist aber der Einfluß dieser Umstände auf die Praxis der Gerichte¹⁹. Im Rahmen der Billigkeitshaftung des § 829 kann eine freiwillige und eine gesetzlich vorgeschriebene Haftpflichtversicherung des nach den §§ 827, 828 an sich nicht Verantwortlichen die Höhe der von diesem zu entrichtenden Entschädigung beeinflussen²⁰. Eine gesetzlich vorgeschriebene Versicherung kann nach neuerer Rechtsprechung des BGH auch ein Kriterium für die Entscheidung darüber sein, ob überhaupt eine Entschädigung zu gewähren ist²¹. § 829 ist im Rahmen des § 254 spiegelbildlich anwendbar, und auch insoweit kann es bedeutsam sein, ob und welcher Versicherungsschutz auf beiden

¹⁶ S. hierzu unten § 11 CI 3, II 14.

¹⁷ Zur Problematik im einzelnen s. unten § 11 C II 15.

¹⁸ Eine einschlägige Erhöhung ist vorgesehen in § 13 Nr. 7 III Buchst. c VOB (B).

¹⁹ Ausführlich FUCHS AcP 191 (1991), 318ff.

²⁰ BGH NJW 1979, 2096; 1980, 1623.

²¹ BGHZ 127, 186, 190ff. I. Erg. zust. E. LORENZ, FS für Medicus 1999, 353ff.

Seiten besteht²². Bei der Bemessung des Schmerzensgeldes wird seit langer Zeit (führend BGHZ 18, 149, 165ff) sowohl eine freiwillige als auch eine gesetzlich vorgeschriebene Versicherung beachtet (Näheres § 7 V 3). Nach Rechtsprechung des BGH entfällt eine Haftungsfreistellung des Arbeitnehmers gegenüber dem Arbeitgeber bei gefahrgeneigter Arbeit, wenn der Arbeitnehmer in den Schutzbereich einer Pflichtversicherung einbezogen ist²³. Das gleiche soll gelten, wenn der mitversicherte Fahrer Begünstigter eines geschäftsplanmäßigen Regreßverzichts ist²⁴. Die Verpflichtungen aus der ehelichen Lebensgemeinschaft können es gebieten, von der Geltendmachung gegen den Partner gerichteter Ansprüche abzusehen. Eine solche Verpflichtung besteht nicht, wenn und soweit der schuldende Ehegatte für den in Frage stehenden Anspruch versichert ist²⁵. Die Versicherungsmöglichkeit ist ferner von Bedeutung für Fragen des stillschweigenden oder konkludenten Haftungsverzichts, u.a. für Schäden im Zusammenhang mit Probefahrten, bei denen sich der Händler leichter versichern kann als der Kaufinteressent (Näheres § 10 XVI 2). Außer diesen in der Rechtsprechung herausgearbeiteten, hier nicht erschöpfend aufgelisteten Verzahnungen gibt es weiterreichende und tiefergehende, aber nicht offen zum Ausdruck gelangende Auswirkungen der Verlagerung des Schadens auf kollektive Schadensträger. So wären die retardierenden Momente gegenüber der extensiven Schadensbemessung im Recht des Kraftfahrzeugverkehrs mutmaßlich sehr viel stärker gewesen, wenn die neu erarbeiteten Grundsätze in den eigenen Geldbeutel des Ersatzpflichtigen gegriffen hätten²⁶. Andererseits beruht die Abneigung, die Rechtsprechung zur abstrakten Nutzungsentschädigung bei Kraftfahrzeugen auf alle Sachgüter und auf die Arbeitskraft als solche zu erstrecken, wohl auch mit auf dem Bedenken, daß sonst unsere Versorgungsträger den Freiheitsspielraum des einzelnen über die Beitragsbelastung zu stark einengen müßten.

Auch dürfte manche Entscheidung zumindest nicht ohne Seitenblick auf die Versicherung des Schädigers und auf die Versorgungslage des Geschädigten getroffen worden sein, ferner für manche Entscheidung der Gesichtspunkt Pate gestanden haben, ob der Haftpflicht-, Renten-, Unfall- oder irgendein anderer Versicherer näher am Schaden ist.

Festzuhalten ist jedoch, daß sozialversicherungsrechtliche Regelungen mangels ausdrücklicher Vorschriften nicht bestimmen können, was und wie hoch ein Scha-

²² KG DAR 1995, 72: § 829 im Rahmen des § 254 regelmäßig nicht anwendbar, wenn der Schädiger pflichtversichert ist. Weiteres hierzu s.u. § 10 VI 4.

²³ BGHZ 116, 200; ebenso OLG Frankfurt VersR 1996, 1403.

²⁴ BGHZ 117, 151.

²⁵ BGHZ 63, 51, 59.

²⁶ Sicherlich hat dieser Umstand mitunter auch das »ob« der Ersatzpflicht beeinflusst, so im Rahmen der z.T. sehr scharfen Rspr. zur Verkehrssicherungspflicht des Grundstückseigentümers, zur Berufshaftpflicht, zur elterlichen Aufsichtspflicht und zum Mitverschulden von Kindern bei Verkehrsunfällen. S. hierzu STÜRNER Zur Gerechtigkeit richterlicher Schadenszuweisung, VersR 1984, 297ff.

den im Sinne des Bürgerlichen Rechts ist. Eine im Sozialrecht bestehende Rehabilitations- oder Umschulungsmöglichkeit besagt nicht unbedingt, daß dies auf Kosten des Ersatzpflichtigen geschehen kann²⁷, noch daß den Ersatzberechtigten im Rahmen des § 254 II die Obliegenheit trifft, von der vorhandenen Möglichkeit Gebrauch zu machen. Der Zusatzurlaub, der einem Schwerbeschädigten nach § 47 SchwbG (früher § 44 SchwbG) zusteht, kann nicht ohne weiteres als gesetzlich pauschalierter Folgeschaden angesehen werden, da der betreffende Anspruch vom Bedarf nicht abhängt²⁸.

III. Struktur, Funktionen und Leitgedanken des Schadensersatzrechts

1. Schadensausgleich und Haftungsgrund. Die §§ 249–255 bestimmen den Inhalt des durch die einzelnen Haftungsgründe gegebenen Anspruchs und dienen daher den gleichen Zielen wie diese selbst. Einen speziellen Bezug zum jeweils betroffenen Haftungsgrund stellt das Gesetz im allgemeinen nicht her, da es den Schuldinhalt für alle Schadensersatzansprüche durch gleiche Normen einheitlich festlegt. Hiervon gibt es jedoch Ausnahmen. Ob der Ersatzberechtigte das positive oder das negative Interesse fordern kann, ist vielfach im Gesetz geregelt, im übrigen aber aus dem Haftungsgrund zu ersehen (Näheres s. unten unter § 2 IV). Aus den im Gesetz im einzelnen geregelten, mit dem Haftungsgrund zusammenhängenden Begrenzungen des Ersatzanspruchs verdienen die Haftungshöchstsummen bei Gefährdungshaftungen (§ 10 XVIII) und die Begrenzungen auf den gemeinen Wert (§ 1 Fn. 84) hervorgehoben zu werden. Ferner kann der in concreto in Frage stehende Haftungsgrund im Rahmen der Abwägung nach § 254 Gewicht erhalten, da diese Vorschrift die Verteilung des Schadens von den nicht erschöpfend aufgezählten Umständen des Falles abhängig macht (Näheres § 10 XII). Ein Zusammenhang von Schadensausgleich und Haftungsgrund wird des weiteren durch die im Vordringen befindliche Schutzzwecklehre hergestellt, deren kritischer Ansatz gerade das Fehlen dieser Verbindung in den älteren Zurechnungstheorien ist. Doch ist umstritten, ob diese Lehre nur den Eintritt der Haftung ausschließen oder darüber hinaus den Ersatzanspruch auch inhaltlich begrenzen kann (Näheres § 3 IX 11).

2. Ausgleichsprinzip, Präventionsprinzip, Rechtsfortsetzungs- (Rechtsverfolgungs-) und Pönalgedanke.

a) Die Vorschriften über die Schadensersatzschuld werden nach ganz überwiegender Ansicht durch das in § 249 angelegte *Ausgleichsprinzip* beherrscht. Das Gesetz sieht, wenn die Schadensersatzverbindlichkeit begründet ist, im allgemeinen

²⁷ Näheres s.u. § 11 C II 6d.

²⁸ Näheres s.u. § 11 C III 5.

nicht mehr auf den Schädiger, sondern nur noch auf den Geschädigten. Dieser soll für die erlittene Einbuße einen vollen Ausgleich erhalten, indem der Zustand herzustellen ist, der ohne das schädigende Ereignis bestehen würde, nach Möglichkeit durch Ersatz in Natur, anderenfalls durch eine wirtschaftlich gleichwertige Entschädigung in Geld. Im Zusammenhang mit dem Ausgleichsprinzip werden vielfach ergänzend das »Bereicherungsverbot« oder die »Tendenz zur Gewinnabwehr« genannt. Der Geschädigte soll durch den Schadensfall nicht im Ergebnis besser gestellt werden. Das Prinzip vollen Ausgleichs und das Bereicherungsverbot geraten allerdings mitunter in Widerstreit. So kann das Problem »neu für alt« vielfach nur zu Lasten des einen oder des anderen Gedankens gelöst werden (Näheres § 6 V). Bei einem drohenden Rentenverkürzungsschaden²⁹ steht man u.U. vor der Wahl, dem Geschädigten sofortige Vorbeugemaßnahmen zu versagen, indem man ihm keinen Ersatz für einzuzahlende Beiträge zuspricht, oder aber in Kauf zu nehmen, daß der Geschädigte späterhin möglicherweise eine etwas höhere Rente erhält, als er ohne das schädigende Ereignis zu erwarten hätte³⁰. Durchbrochen wird das Bereicherungsverbot im Rahmen des Ersatzes für gewerbliche Schutzrechte, da man dem Geschädigten ohne Rücksicht auf seine tatsächlichen Einbußen gestattet, den Schaden nach einer angemessenen Lizenzgebühr zu berechnen oder Herausgabe des Verletzergewinnes zu fordern (Näheres § 6 XII). In das Schwanken gerät der angeführte Grundsatz in einigen Bereichen der Vorteilsausgleichung, so insbes. dadurch, daß Leistungen aus einer Summenversicherung auf den Schadensersatzanspruch nicht angerechnet werden (Näheres § 9 VIII). Diese Durchbrechungen sind jedoch kein Anlaß zur völligen Preisgabe des Bereicherungsverbotes, das weiterhin Leitlinie bleiben sollte und Ausnahmen nur aufgrund besonderer, im Recht angelegter Wertungen zuläßt³¹.

Gegen das Ausgleichsprinzip sind in neuerer Zeit Einwendungen erhoben worden³², unter anderem mit dem Argument mangelnder Wertorientierung. Es trägt jedoch seinen Wert in sich, vor allem dadurch, daß es die Schadensabwicklung ideologiefrei lenkt und jedenfalls ein gewisses Maß an Rechtssicherheit verbürgt. Zur Diskussion gestellt worden ist ein *Versorgungsprinzip*, das der inhaltlichen Ausgestaltung des Schadensersatzes zu Grunde liegen soll³³. Ein solches Prinzip könnte freilich nur für den Bereich der Personenschäden in Anspruch genommen werden. Insoweit ist es richtig, daß das Schadensersatzrecht mit dem sozialen Versorgungsschutz verzahnt ist und diesen ergänzt. Soweit der Sozialschutz eingreift,

²⁹ S. hierzu § 6 IX 4e und § 11 C II 15b.

³⁰ Nach der Rspr. des BGH muß der Schädiger diesen möglicherweise eintretenden Effekt hinnehmen, vgl. BGHZ 69, 347, 354. Zur Rechtsentwicklung s. WUSSOW/DRESSLER Rn 1580ff.

³¹ A.M. MünchKomm/GRUNSKY Rn 6a und 7 vor § 249, anders jetzt MünchKomm/OETKER § 249 Rn 20. Wie hier die h.M.; vgl. z.B. SOERGEL/MERTENS Rn 25 vor § 249; ESSER/SCHMIDT SchuldR I § 30 II 3c.

³² SCHIEMANN Argumente und Prinzipien bei der Fortbildung des Schadensrechts 1981, 185ff. Krit. Würdigung des Ausgleichsprinzips auch bei GOTTHARDT, Wandlungen S. 14ff.

³³ SCHIEMANN aaO (Fn. 32) S. 234ff.